

FORUM

Inhalt	
Antifa-Kampf	Seiten 3 und 5
Bahnprivatisierung und Verkehr	Seiten 3 und 4
EG-Binnenmarkt	Seiten 6 und 7
GUS (Ex-UDSSR)	Seite 9

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 138 - Februar 1992

1,- DM - Solidaritätspreis: 2,- DM

Jeder sagt es, also muß es stimmen: Die Tarifrunde '92 wird hart. Unternehmerverbände, Bundesbank und Möllemann warnen vor zu hohen Abschlüssen und in der Folge Inflation, Arbeitslosigkeit und Verlust internationaler Konkurrenzfähigkeit. Die Argumente sind nicht neu. In jeder Tarifrunde wird von den Arbeitgebern die gleiche Platte aufgelegt.

Lohnopfer? Oder Unternehmer?

Die Netholohn der Arbeitnehmer sind in den 80er Jahren um 38% gestiegen, die der Unternehmer um 120%. Die Arbeiter, Angestellten, kleinen und mittleren Beamten haben ihre gestiegenen Nettolöhne für die Bezahlung von Mietenhöhungen, gestiegenen Lebenshaltungskosten und darüber hinaus für ein bisshen mehr Lebensstandard verwendet.

Es bleibt die Frage offen, was die Unternehmer mit den Superprofiten gemacht haben, die ihnen die Arbeiter erwirtschaftet hatten.

Die Unternehmer rechtfertigen ihre privilegierte Rolle in Wirtschaft und

Da kommt die Tarifrunde gerade recht, um den Gewerkschaften die Verantwortung für die nächste Krise anzuhängen.

Da kommt die Tarifrunde gerade recht, um den Gewerkschaften die Verantwortung für die nächste Krise anzuhängen.

Keine falsche Bescheidenheit

Angesichts dieser Entwicklung muß nach 10 Jahren massiver Umverteilung festgestellt werden, daß die Gewerkschaften unverändert waren, dies so lange mitzumachen.

Die Antwort auf die Vernunftfapelle der Unternehmer kann nur heißen: „Ja wohl, wir sind vernünftig und lassen uns von Euch nicht länger verkohlen!“

Investitionen im Osten sind ein weiteres Argument, das den Gewerkschaften entgegengehalten wird.

Es wird wenige Gewerkschaftsmitglieder im Westen geben, die ihren Kollegen keine sicheren Arbeitsplätze und gleichen Lohn gönnen würden. Aber die Kollegen fragen sich zurecht, „warum müssen wir das bezahlen?“ Und wenn helfen sie mit Lohnverzicht?

Die Konzerne und

Banken schwimmen im Geld. Wenn sie bisher nicht bereit waren, die notwendigen Investitionen im Osten zu tätigen, werden sie es auch nicht bei einem niedrigen Tarifabschluß tun. Keine

Mark mehr, auf die die Arbeiter in der jetzigen Tarifrunde verzichten, werden die Unternehmer im Osten investieren. Nicht Lohnverzicht, sondern Kampf für 100% vom Westlohn und gleiche Urlaub- und Arbeitszeiten im Osten muß die Antwort der Gewerkschaften sein.

Genausowenig werden die Unternehmer für niedrige Lohnabschlüsse eine Garantieerklärung für die Arbeitsplätze im Westen geben. Gerade die Stahlindustrie ist das beste Beispiel dafür.

Anfang und Mitte der 80er Jahre gab es relativ niedrige Stahl-Tarifabschlüsse. Trotzdem wurden in der Branche massiv Arbeitsplätze abgebaut. Die Lohnopfer der Stahlarbeiter waren also umsonst.

Aber wie man an diesem Beispiel sieht, kennt die Profitgier der Unternehmer keine Grenzen. Sie verlangen jetzt wieder einen niedrigen Abschluß.

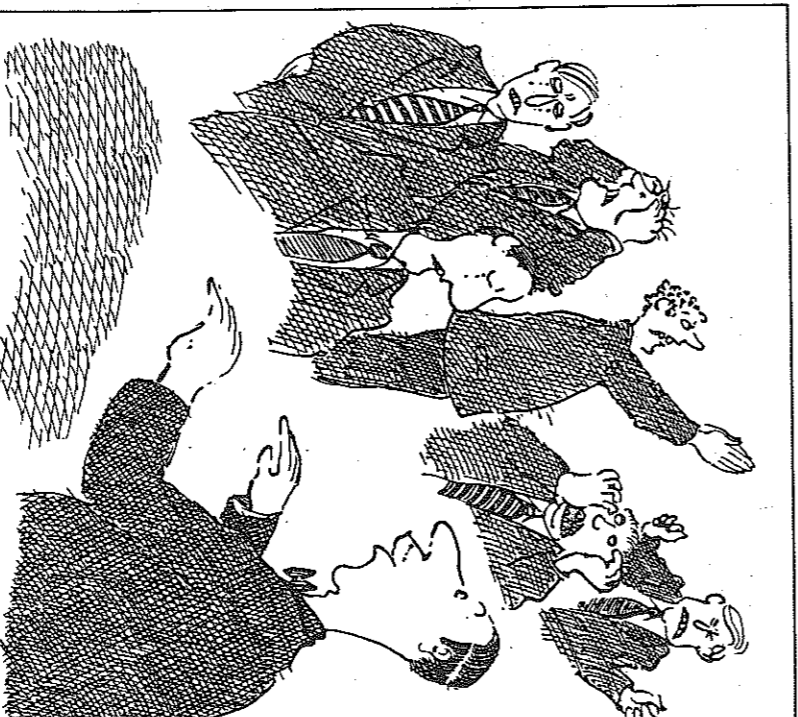
Wird das neue Massementlassungen im Zuge der Fusion der Stahlkonzerne Krupp und Hoesch verhindern? Sicher nicht.

Ein erfolgreicher Angriff von Unternehmern und Kohl-Regierung hat einzig und allein zur Folge, daß der nächste Angriff mit noch größerer Härte geführt wird.

Der IG Metall-Vorstand hat sich mit der Beschränkung des Forderungsvolumens für die bevorstehende Metall-Tarifrunde auf 9,5% bereits zu kompromißbereit gezeigt - und bekam prompt Beifall vom Gegner. „Ein positives Signal“, schrieb die Unternehmerzeitung

kommen bedeuten. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus setzte Ende Januar noch einen „drauf und fiel den Gewerkschaften mit der alten Forderung nach flexibleren Arbeitszeiten, das heißt zusätzlicher Wochenend- und Nacharbeit, in den Rücken.

Ein Generalangriff von Seiten der Arbeitgeber muß mit einer Generalabwehr von Seiten der Gewerkschaften und der SPD begegnet werden, nicht mit Zugeständnissen an die Unternehmerinteressen. Es muß deutlich gemacht werden, daß alles, was sozial an der Marktwirtschaft ist, durch die Arbeitbewegung sozial gemacht wurde. Und wenn sich die Marktwirtschaft keinen angemessenen Lebensstandard für die Masse der Bevölkerung leisten kann, können wir uns eben die Marktwirtschaft nicht mehr leisten. Marktwirtschaft ist nicht die Alternative zum in Osteuropa zusammengebrochenen Stalinismus. Das Problem in den Ostblockstaaten war, daß die Arbeiter dort nicht



Handelsblatt. „Denn diese Empfehlung bedeutet, daß die IG Metall bereit ist, auch unter dem viel zu hohen Abschluß von 1991 zu bleiben, daß also die Fünft vor dem Komma statt der 6,7% im letzten Jahr als Abschlußzahl durchaus realistisch ist.“ (Handelsblatt, 15.1.1992). Dies würde angesichts der steigenden Inflationsrate und der zunehmenden Steuer- und Abgabenbelastung eine Senkung der Netto-Reallohn

die politische Macht ausüben, die Staaten also vom wirklichen Sozialismus weit entfernt waren.

Die Gewerkschaften und auch die SPD sollten die Gelegenheit nutzen, die Tarikämpfe mit der Forderung nach einer neuen, sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbinden.

Stuart Garvie, Köln
SPD- und IG Metall-Mitglied



Bankangestellte im Warnstreik.

ÖTV-Tarifrunde: Forderungen voll durchsetzen! Siehe Seite 11

Unser Standpunkt: Frieden in Jugoslawien?

Die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens als unabhängige Republiken durch die EG und andere Staaten hat das besiegelt, was längst Realität war: die Auflösung Jugoslawiens. Die Kroaten haben sich über die diplomatische Anerkennung gefreut, aber die größte Sehnsucht kroatischer und serbischer Arbeiter bleibt zunächst einmal die Beendigung des nördlichen Krieges, der bisher über 10.000 Tote und 600.000 Flüchtlinge gekostet hat. Die Tatsache, daß der 15. Waffenstillstand vom 3. Januar - bis auf kleine Auseinandersetzungen - eingehalten wurde, eröffnet die Möglichkeit der Stationierung der UN-Blauhelme und nährt einen Hoffungsschimmer auf Frieden.

Rolle von EG und BRD

Im Kampf um Einfluß in den neu entstehenden Staaten war die Einigkeit in der EG schnell vorbei. Der BRD-Imperialismus als stärkste Macht in Europa sah die Chance, Slowenien und Kroatien schnell an sich zu binden. Mit Hilfe der EG und Truppen der Westeuropäischen Union (WEU) bestand auch die Möglichkeit, die USA außen vor zu lassen - wenn die EG-Partner mitgezogen hätten. Das taten sie aber zunächst nicht, weil Staaten wie Frankreich, Spanien oder Großbritannien Auswirkungen einer schnellen Anerkennung Kroatiens auf die eigenen Nationalitätsprobleme befürchten mußten und das aggressive Vorgehen des deutschen Imperialismus in Südosteuropa bremsen wollten. Sie sind sicherlich nicht traurig darüber, daß wegen der inneren Blockade der EG die USA (über die UN-Vermittlung) wieder im Spiel sind - als Gegengewicht zur Übermacht Deutschlands in Europa. Aber letztlich haben sich Kohl und Genscher durchgesetzt und die Anerkennung durch die EG erzwungen.

Das Vertrauen in die deutsche Bourgeoisie und die Illusionen in die Marktwirtschaft sind dadurch nicht nur bei dem herrschenden Regime Kroatiens, sondern auch in breiten Teilen der Arbeiterklasse gestärkt worden. Es wäre trotzdem naiv zu glauben, die Anerkennung Kroatiens hätte entscheidenden Einfluß auf den Friedensprozeß.

Frieden durch Blauhelme?

Das Milosevic-Regime sieht sich einer starken inner-serbischen Opposition gegenüber. Die Kriegsmüdigkeit ist so tief, daß ein Drittel der Rekruten ihre Einberufung verweigern. Die „Bundesarmee“ hat sich gegen Slowenen eine blutende Nase geholt, und gegen Kroatien ist der anfänglich erhoffte leichte Spaziengang vorbei. Unter diesen Umständen mußte sich Milosevic mit dem eroberten Gebiet (ein Drittel Kroatiens) zufriedengeben. Dabei hofft er sogar, die UN-Truppen für sich zu instrumentalisieren. Die Antwortlosigkeit der Blauhelme soll seinem Willen nach Kroatien daran hindern, die verlorenen Gebiete zurückzuerobern. Milosevic wäre inzwischen sogar der serbischen Minderheit in Kroatien garantiert wäre.

Die Führungen der serbischen Minderheit in Kroatien, vor allem in den Gebieten Krajina und Slavonien, sind nicht bereit, Milosevic so weit zu folgen. Sie lehnen den UN-Einsatz ab und drohen damit, die UN-Truppen als Besatzungsmacht zu behandeln und sie mit Waffengewalt zu verjagen. Die Drohung der serbischen Minderheit in Kroatien wird sicherlich die UN-Stationierung verzögern, aber allein nicht verhindern können. Die Blauhelme werden sich aber auf ein sehr langes Bleiben einrichten und einige Tote durch Terroranschläge hinhinnehmen müssen. Wirklichen Frieden werden sie kaum herstellen können, auch wenn das Schließen an den kroatisch-serbischen Grenzen aufzören würde. Außerdem ist die Stationierung der Blauhelme ein erster Schritt, vor allem für den deutschen Imperialismus, um Einflusssphären und Quellen billiger Arbeitskraft, Rohstoffquellen und Märkte in Südosteuropa zu sichern. VORAN lehnt deshalb jedes Eingreifen der kapitalistischen Mächte und damit auch die Stationierung der UN-Blauhelme ab.

Neue Konfliktherde

Die Hoffnung Serbiens, ein Rumpf-Jugoslawien (ohne Kroatien und Slowenien) doch noch unter seiner Kontrolle zu halten, ist kaum realisierbar. Die Republiken Mazedonien und Bosnien-Herzegowina haben sich für unabhängig erklärt und eröffnen neue Kriegsgefahren. Vor allem in Bosnien-Herzegowina mit einem serbischen Bevölkerungsteil von über 30% droht ein blutiger Bürgerkrieg. Die albanische Minderheit, nicht nur in Kosovo, wird die Unterdrückung durch das serbische Regime kaum lange ruhig erdulden können.

Die stalinistische, bürokratische Planwirtschaft hat die Wirtschaft nach den begrenzten Erfolgen der Nachkriegsjahrzehnte ruiniert und es erst möglich gemacht, daß die Arbeiterklasse zeitweilig zum Spielball der - ins Gewand des bürgerlichen Nationalismus geschlüpfen - stalinistischen Bürokraten geworden ist. Der Versuch, die Marktwirtschaft einzuführen, hat den wirtschaftlichen Niedergang verstärkt und das Auseinanderbrechen beschleunigt. Nur die Machtübernahme durch die Arbeiterklasse und der Aufbau einer demokratischen Planwirtschaft kann die Grundlage für eine Förderung von Balkanstaaten schaffen, in der alle Völker friedlich zusammenleben. (25.1.1992)

VORAN zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V., verantwortliche Redakteurin: Angelika Bankert.
Redaktionsanschrift:
VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 02 21 / 13 45 04, Fax 02 21 / 13 72 80.
Druck:
Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.
Bankverbindung:
Postgpoamt Essen, BILZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.

BRD-Wirtschaft Abschwung, Absturz oder sanftere Landung?

Nicht nur der Januar war diesmal besonders kalt, auch das wirtschaftliche Klima ist eisiger geworden. Die „Wirtschaftswoche“ (20.12.1991) fasste das so zusammen: „Alarmstimmung im Westen“. Auf die Frage, wie sie das Jahr 1992 einschätzen, antworteten 30 von 39 Industrieverbänden „pessimistisch“ (Institut der deutschen Wirtschaft, Dezember 1991).

Woher kommt der Stimmungsumschwung? In Westdeutschland stieg das Bruttosozialprodukt (BSP) - die Gesamtheit aller wirtschaftlichen Leistungen - 1991 um 3,2 Prozent. Das ist deutlich weniger als in den Jahren 1988 bis 1990. Im Vorjahr waren es noch 4,5 Prozent. Das letzte Jahr und vor allem der letzte Sommer markieren einen Wendepunkt in der westdeutschen Wirtschaft. Im dritten Quartal ist das Wachstum von 4,2 und 4,8 Prozent in den ersten beiden Quartalen auf 2,5 Prozent zurückgegangen. Der Auftragsingang der verarbeitenden Industrie nahm im Herbst um zwei Prozent gegenüber dem Sommer ab. Der Maschinenbau, die Stütze des Aufschwungs, lastet die Kapazitäten nicht mehr aus. Allen von August bis Oktober mußten sie bei den Bestellungen ein Minus von 1,3% wegstecken. 72.000 Kollegen sind auf Kurzarbeit.

Exportboom?

Kann der Außenhandel die BRD vor einem Abschwung retten? Immerhin war die BRD mal Exportweltmeister. Aber das ist Vergangenheit. Im ersten Halbjahr 1991 reichte es mit 1,7 Mrd. Dollar Handelsüberschuß nicht einmal zum dritten Platz. Im gleichen Zeitraum erwirtschaftete Japan ein Plus von 32,2 Mrd. Dollar. In den USA werden z.B. nur noch halb so viele deutsche Autos verkauft wie vor einem Jahr. Bleibt der Dollar auf dem amerikanischen Markt und in Fernost weiter so schwach, kommt in DM noch weniger Umsatz in die Kasse.

Sonderkonjunktur Ost am Ende

Das letzte Jahr hat nicht etwa eine Ausnahmesituation eingeleitet, sondern beendet. Andere führende kapitalistische Staaten stecken seit einem Jahr in der Wirtschaftskrise. Die BRD hat sich bislang davor retten können - aber nur dank der Sonderkonjunktur Ost (im Wert von 207 Mrd. DM) waren 1991 sogar höher als das gesamte Bruttosozialprodukt aus zwischen Rügen und Riesengebirge erarbeitet wurde. Damit ist es vorbei. Die Autokonzerne haben am meisten vom Ostmarkt profitiert.

„Pille auf Krankenschein“? Teures Vergnügen!

Seit vielen Jahren wird aus Kreisen von SPD und Gewerkschaften die Forderung nach kostenlosen und guten Verhütungsmitteln für alle erhoben, um unter anderem ungewollte Schwangerschaften bzw. letztlich Abtreibungen zu vermeiden.

Aber nach wie vor müssen Frauen und Mädchen mit Gesundheit und viel Geld dafür bezahlen, daß man sie mit der Verantwortung für ihre Sexualität völlig alleine läßt. Also leuchtet es (uns) ein, daß es viel schonender für alle wäre, wenn das Ganze von vornherein verhindert werden könnte - den Krankenkassen und der Pharmaindustrie aber nicht. Der AOK-Landesverband Bayern hat kürzlich vorgeschnet, daß die „Pille auf Krankenschein“ rund 32 Mio. DM jährlich kosten würde, während es „nur“ 7 Mio. DM kostet, 5000 Abtreibungen „auf Krankenschein“ (d.h. legal) durchführen zu lassen. Ist die Gesundheit also ein finanzpolitischer Spielball der Krankenkassen?

Aber die eigentlichen Verbrecher sind die Pharma-Konzerne, die sich auf ewig einen gesicherten Abnehmerkreis von Millionen von Frauen erhalten wollen, da jede im Schnitt ca. 30 Jahre lang auf die teuren Verhütungsmittel angewiesen ist. Nicht nur mit der „Pille“ machen sie einen Riesengewinn. Auch andere Mittel sind ganz schön teuer, z.B. kostet eine Spirale für zwei

die Ausgaben für neue Maschinen und Anlagen 1992 nur um 2,5 Prozent steigen. So niedrig waren die Investitionsraten zuletzt 1972 und 1980, die beiden Jahre vor den tiefsten Rezessionen seit 1945. Ist das Zufall oder droht eine neue Rezession? Von Rezession sprechen die deutschen Kapitalisten nach sechs Monaten absolutem Produktionsrückgang im Vergleich zum Vorjahr.

Die fünf führenden Forschungsinstitute reden nicht von Abschwung oder fremem Fall, sondern von einer „Phase konjunktureller Abschwächung“. Der Mann, der aus dem 52. Stock eines Hochhauses fiel, meinte auch nach jedem Stockwerk: „Bis jetzt ging es gut.“ In der letzten Weltwirtschaftskrise 1960-82 gingen zuerst England und die USA in die Rezession. Die USA erholten sich 1981, aber der wirtschaftliche Abschwung in Europa und Japan riß sie nochmals mit in die Rezession. Das kann sich dieses Jahr wiederholen. Der kapitalistische Aufschwung in den 80er Jahren hat uns außer Dauerarbeitslosigkeit und Steuererhöhungen nicht viel bieten können. Was steht uns dann erst im Abschwung bevor?

Aron Aron, Stuttgart
Jungsozialist

Wachsende Armut

Nach Angaben des DGB sind derzeit rund 4,2 Millionen Menschen auf Sozialhilfe angewiesen, davon 200.000 in den neuen Bundesländern. Tendenz zunehmend. Das ist ein Anstieg um das Zweieinhalbfache: innerhalb von 20 Jahren. Wer ein Nettoeinkommen von unter 530 DM in Monat hat, gilt gegenwärtig als arm und hat damit Anspruch auf Sozialhilfe. Die Zahl der Menschen, die ohne festes Dach über dem Kopf leben, stieg nach Untersuchungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Nichtselbsthelferhilfe in den letzten drei Jahren um mindestens 20% auf rund 150.000. Insgesamt sind 352.000 Bundesbürger ohne Wohnung.

durch den Staat subventioniert. Solange die Produktion von Verhütungsmitteln in privater Hand bleibt, werden wir drauzahlen müssen. Die Pharmakonzerne müssen in staatliche Hand und unter die demokratische Kontrolle der Beschäftigten und VerbraucherInnen gestellt werden, damit wir über die Qualität der Produkte bestimmen können. Es könnte dann auch mehr Geld in die Entwicklung von Verhütungsmitteln für Männer gesteckt werden, denn Verhütung ist eben nicht nur Frauensache - auch wenn heute in den meisten Fällen die Verantwortung leider bei den Frauen hängenbleibt.

Fiz Garvie, Köln, SPD-Mitglied

Nigeria Studentenführer freigelassen!

Vier Studentenfürer der Universität von Ife in Nigeria, die seit Juni 1991 zu Unrecht vom nigerianischen Militärregime gefangengehalten und gefoltert wurden, sind frei (VORAN berichtete zuletzt im November 1991). Das britische Büro der Kampagne für die Freilassung der „Vier von Ife“ erhielt im Januar einen Brief aus Nigeria:

„Liebe Genossen,
Die vier Studenten der Obafemi Awolowo Universität, Ife, die wegen *Mordanklage vor Gericht standen, wurden vom Gericht freigesprochen und aus dem Polizeigewahrsam entlassen.*
Diese Ereignisse fanden letzten Freitag,

am 3. Januar auf der Grundlage einer Zurückziehung der Anklage durch den Staatsanwalt statt.

Es ist eine Bestätigung für die internationale Kampagne für Gerechtigkeit für die Attentäter.

Wir schicken Euch bald weitere Informationen.

Britische Grüße“

Dies ist ein hervorragender Sieg für die weltweite Verteidigungskampagne. Es war eine Frage von Leben und Tod. Wären die vier verurteilt worden, hätte ihnen ein Erschießungskommando gedroht. Danke an alle, die sich für die Freilassung der „Vier von Ife“ eingesetzt haben.

Stoppt die Bahn-Privatisierung!

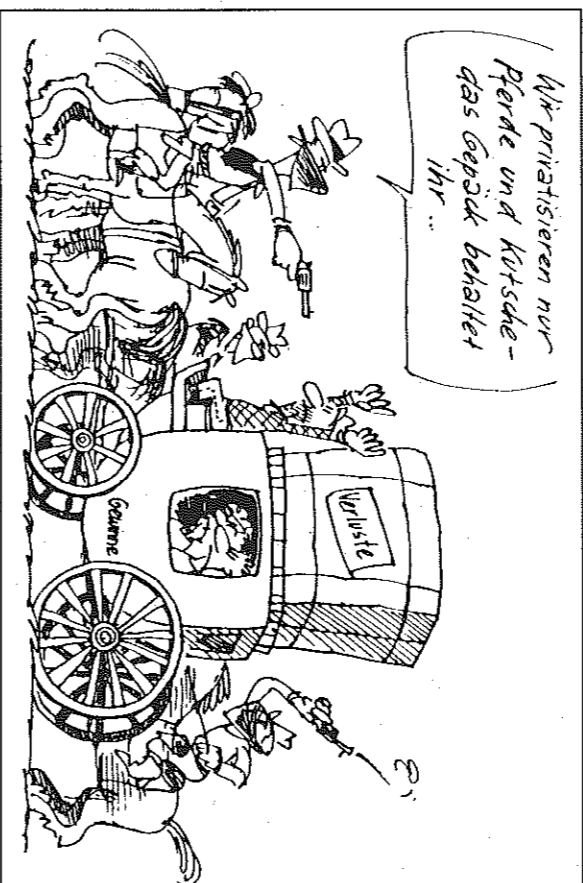
Als im alten Deutschland der Staat die Eisenbahnen übernahm, vereinheitlichte und daraus die Reichsbahn gründete, lag dies im Interesse der Unternehmer, die auf ein schnelles und billiges Transportmittel angewiesen waren. Zwar trat schon 1921 der Konzernherr und spätere Nazi-Förderer Sinnes mit der Forderung nach einer Privatisierung der Eisenbahn an die Öffentlichkeit doch es sollten noch sieben weitere Jahrzehnte ins Land gehen, bis ein Kanzler Kohl einen Bahn-Vorsitzenden ernannte und eine Regierungskommission einberufen ließ, deren Mission es ist, die Eisenbahn für die Privatisierung und Ausschlichtung zu öffnen.

Kohls Freund, der Unternehmer und AEG-„Sanierer“ Heinz Dürr, hat es sich als Chef von Bundesbahn und Reichsbahn zum Ziel gesetzt, die beiden Bahnen in einer Eisenbahn-Aktiengesellschaft aufgehen zu lassen, sie in viele Stücke zu zerhacken („Regionalisierung“) und die Filetstücke, also überwiegend die profitablen Strecken des Fernverkehrs (IC- und ICE-Linien), zu privatisieren.

Unermüdlich predigt Dürr, daß die Eisenbahn nur deshalb so verschuldet sei, weil sie in den „Fesseln des öffentlichen Dienstrechts“ verstrickt sei. Er wolle aber als Unternehmer die Bahnen sanieren.

Die von der Bundesregierung Anfang 1989 ins Leben gerufene „Regierungskommission Bahn“ hat im Dezember 1991 ihren Abschlußbericht vorgelegt, der diese Linie voll bestätigt. Nach dem Willen von Dürr und Verkehrsminister Krause sollen 1992 die Weichen gestellt werden. Sie fordern eine Grundgesetzänderung, weil Artikel 87 des Grundgesetzes festlegt, daß die Bundesbahnen in bundeseigener Verwaltung zu führen sind. Hierzu braucht die Regierung eine 2/3-Mehrheit, also auch die Stimmen der SPD-Fraktion. Zwei SPD-Mitglieder in der Kommission haben bereits zugestimmt: die früheren Gewerkschaftsführer Ernst Haar und Hans Mayr. Dürrs hertschnitzelnde Demagogie und sein Appell an vorherrschende Stimmungen gegen die „ineffektiven

vor potentiell die sicherste, bequemste, billigste und umweltfreundlichste Art der Beförderung von Mensch und Gütern. Doch unter der Fuchel der Autolobby wurde die Bahn immer mehr heruntergewirtschaftet. Dabei sitzen die direkten Vertreter dieser Lobby in den führenden Organen der Bundesbahn: neben Dürr etwa der Frankfurter Groß-Spediteur Norbert Kern, der im DB-Vorstand für den Bereich Güterverkehr verantwortlich ist. Welche private Ak-



Nach einer Berechnung des Heidelberger Umwelt- und Prognoseinstituts (UPI-Bericht Nr. 21, bezogen auf die BRD in den Grenzen von 1989) fallen als Folge des PKW- und LKW-Verkehrs auf den Straßen - allein berechnet für den Westen - jährliche Zusatzkosten in Höhe von 205 Mrd. DM an. Im Schnitt wird jedes Auto jährlich mit 6000 DM zusätzlicher Kosten von der Allgemeinheit - sprich: der überwiegend die Steuern zahlenden Arbeiter-Kasse - subventioniert. Der Schienenverkehr ist nach wie

tiengesellschaft würde sich die Konkurrenz direkt in die Chefetage setzen? Neben der langfristigen Benachteiligung des Schienenverkehrs sind die Bahn-Defizite auch eine Folge von Kriegs-Folge-Kosten und Sozialausgaben, die der Bahn aufgebürdet wurden, die aber eigentlich in den Sozialetat der Bundesregierung gehörten. Und da in den letzten zehn Jahren die Bahn-Tarife im Schnitt stärker angestiegen sind als die Inflationsrate, tragen die Tarifhöhungen am ehesten dazu bei, (poten-

tielle) Kunden abzustocken und „auf die Straße“ zu treiben. **Stopp der Rosinenpickerei!** Die Privatisierung und „Regionalisierung“ der regionalen Bahnhubs-Gesellschaften ist derzeit schon in vollem Gange. Und wo nicht die Landesregierung, Kreise und Städte einspringen, droht die „englische Krankheit“: Profitable Linien bleiben bestehen, weniger benutzte Linien drohen ausgedünnt

Antirassismus zum Abgewöhnen Der erhobene Zeigefinger

Deutschland liebt seine Ausländer. Plakate, Werbeposters und Zeitungsanzeigen überschütten das Land mit einem großen Haufen „Ausländerfreundlichkeit“.

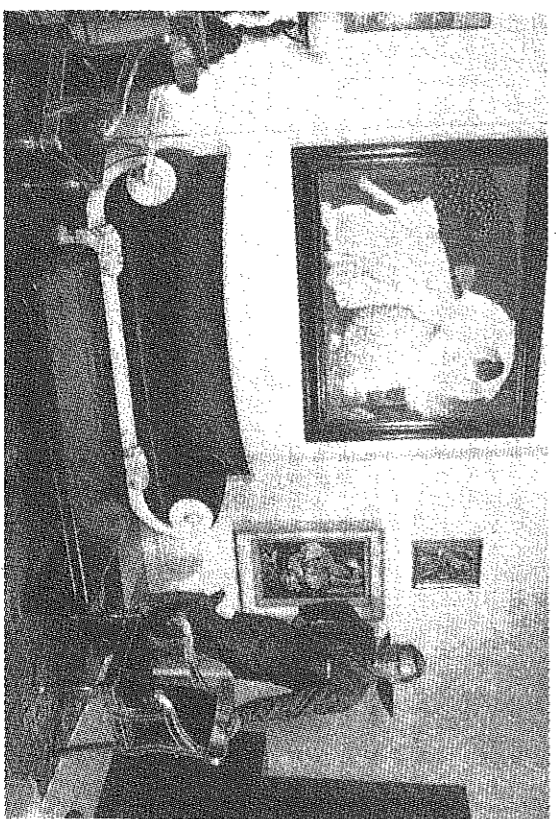
Die Schönen und Berühmten dieses Landes bekennen, „Ich bin ein Ausländer“, Werbeplakate erklären, wie trist und leer Deutschland ohne Ausländer wäre. „Ausländer, laßt uns mit diesen Deutschen nicht allein.“ Auch viele Privatmenschen machen mit. Parrer mahnen an die deutsche Geschichte, Deutscher klagen das kulturlose dumpe Deutschland an. Diese Leute wissen natürlich, wovon sie reden, sie haben viele Erfahrungen, kennen das Ausländische. ausländisches Essen, ausländische Hotels, Parfümschöpfer Joop hat eine Abneigung gegen die „lauwarne deutsche Mono-Kultur-Suppe“ und zog flüchtig in sein Penthouse in Manhattan. „Da weiß ich, daß ich nicht im Vierten Reich wohne“ (nach SPIEGEL 1/92).

Ihr im moralischen Zeigefinger geballtes Expertenwissen mußte eigentlich auch dem dummpfesteren wurstfingrigen DVU-Wähler klarmachen, daß alles so schön multikulti sein könnte, wenn nicht er und die anderen Deutschen so viel faschistoide Erbnisse hätten. Aber der deutsche Prolet läßt sich nicht überzeugen.

Das ist natürlich schlecht. Aber erkläbar. Das „ausländerfreundliche“ Gerede von Künstlern, Priestern, Bildungsbürgern, von Leuten, die materiell ausgesorgt haben, die nicht Angst haben vor der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und bei der Wohnungssuche. Vorurteile in den Köpfen vieler Menschen festzuklopfen.

Viele, die „Ausländer raus“ fordern, mögen durchaus offen sein für Reisen, Gyros und türkische Volksstänze. Aber

menhang nicht. Sie wollen nicht erzählt bekommen, welche Bereicherung fremde Kulturen sein könnten. Vor allen Dingen wollen sie es nicht von Leuten hören, deren Kontakte zu Ausländern mit Reisen, Berlintheit und viel Geld zusammenhängen.



Für sie stellt sich die Zuwanderung und die „multikulturelle Gesellschaft“ als eine verschärfte Konkurrenz um Wohnungen, Arbeit und Sozialleistungen dar.

Das ist natürlich falsch und abzulehnen. Aber die Ursachen dafür, daß die Leute ihre Stimme den faschistischen Parteien geben, sind nicht die dumppf-deutschen Gene oder die Erbünde, wie einige umgekehrte („linke“, „progressive“), „Rasseforscher“ andeuten, sondern die allgemeine soziale Unsicherheit, verbunden mit der Propaganda von Regierung und Medien.

Wenn SPD und CDU in hektischer Be-

sie schon immer gefordert haben - „Ausländerbegrenzung“ und „Asylantenstop“.

Fehler der Linken

Das ist natürlich falsch und abzulehnen. Menschen mit faschistischen Ideen, die ihre Halbgablen in die Tat umsetzen, gehören gestoppt - und nicht nur mit freundlichen Worten.

Das Problem ist nicht, wenn Parrer herumoralisieren (ist schließlich ihr Job), Werbeleute flotte Sprüche klopfen (dafür werden sie bezahlt) oder Künstler und Journalisten Welttoffenheit zeigen. Ich nehme diesen Leuten das ab-

Das Problem ist, daß Teile der Arbeiterbewegung und viele Linke in der BRD den erhobenen Zeigefinger als politische Strategie gegen Rassismus und Spaltung ansehen. Gewerkschafter und andere plappern die Parolen nach, belassen es bei Symbolhandlungen.

Wenn alles, was von der Linken kommt, „Ausländersementimentalität“ ist, frohlocken die Gegner. Der SPIEGEL (52/91) widmet dem Thema einen Artikel, macht natürlich die „linken Moralisten“ runter und ihnen antideutschen Schuld komplex lächerlich. Und landet ebenso natürlich bei der Realpolitik, der Akzeptanz von Rassismus. Die von SPIEGEL so geliebten Experten verkünden, „jeder hat Vorurteile...“, da gelte es, Abschied von „menschenüberfordernder Fremdenfreundlichkeit“ zu nehmen, „Strategikationen“ in der Nähe von „Immigranten-Zusammenballungen“ seien ganz „natürlich“. Ergebnis: alles sozial-psychologisch erklärbar, politische Aktionen gegen Rassismus sind überzogen und überflüssig.

Politische Antworten statt Moralpredigten

Jeder moralisierende Spruch eines Priesters, Lehrers, Künstlers oder eines Parfümschöpfers schadet dem antirassistischen Kampf.

Also: weg mit dem Zeigefinger, weg mit dem Bild von edlen Ausländern und dummpfen Deutschen, weg mit radikal klingenden, aber leeren Parolen wie „Nie wieder Deutschland“.

Wir leben in diesem Land und führen unseren Kampf für ein besseres Leben nicht in Lateinamerika oder Fantasy, sondern hier. Mit den hier lebenden Werkätigen, Rentnern, Arbeitslosen usw. usf., meistens Deutsche. Und mit Menschen

Innen müssen wir erklären, daß, solange es arme und reiche Länder gibt und solange die Klut weiter wächst, Flüchtlingsbewegungen zunehmen und damit Menschen in die BRD kommen werden.

Nützlich ist jeder moralische Spruch ist eine nüchterne Erklärung der Wohnnugsnot. Nur so wird deutlich, daß Flüchtlings als Sündenböcke für die politischen und wirtschaftlich Herrschenden erhalten müssen.

Statt „Inländerfreundlichkeit“ bei einigen Linken und „Realpolitik“ - Zustimmung zu weiterer Entrechtung von Flüchtlingen - bei anderen Linken (vornehmlich in der SPD) brauchen wir den Kampf für volle soziale und politische Gleichberechtigung aller hier lebenden Menschen. Das beinhaltet auch die volle Freizügigkeit der Einwanderung in die BRD.

Nicht nur, weil wir den „armen Flüchtlingen“ Gutes tun wollen, sondern weil wir nur durch die Einheit der arbeitenden Menschen unsere Ziele erreichen und weil die Grenzen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen unten und oben verlaufen. Claus Ludwig, Bremen haben Jungsozialist und IG Medien Jugend- und Azubivertreter

Argumente...

... und ein Programm zum Kampf gegen Rassismus und Faschismus

8 Seiten DIN A4, Preis: 1,- DM bei Einzelbestellungen an die Redaktion bitte Briefmarken (+1,- DM Porto) beilegen



Rad und Bahn statt Auto Wahn

Eile ist Irrtum. Aber Zeit ist Geld! schreit die Siechuhr. Arbeitshetze schafft keine Arbeitsplätze, jedoch Inflation im Herzen. Urlaub ohne Stau ist wie Engholm ohne Pfeife: unvorstellbar.

Transportmittel sollen es dem Menschen eigentlich erleichtern, den Ort zu wechseln oder Güter zu befördern. Das tun sie auch heute noch, doch um welchen Preis! Tag für Tag quillt eine Blechlawine ungeheuren Ausmaßes durch die Straßen der Großstädte. In Hamburg hat spätestens die Öffnung gen Osten das Maß der Dinge zum Überlaufen gebracht, daß Tausende von Bewohnern nicht mehr geduldig warten, bis die Wahlversprechen verklungen sind; sie stellen ihre Forderungen jetzt. Das haben die vielfältigen Aktionen und Demonstrationen des letzten Halbjahres gezeigt - und was taten die SPD-Minister- und Bundspolitiker der SPD? Haben sie die aufkommende Bewegung ermutigt, organisiert oder gar ausgedehnt? Haben sie die Wut der Menschen auf den Straßen gegen die Verursacher des Straßenterrors gerich-

für einige Stunden die Hauptstraßen leergefegt und ohne die blecherne Engstüchtigkeit fühlen wir uns wirklich frei...

Selbstverwaltung statt Profitheerrschaft

Tagtäglich bringt der Autoverkehr Krankheiten, Verstimmlungen, Naturzerstörungen und den unmittelbaren Tod auf dem Profit-Altar von Automobil-, Stahl- und Öl-Konzernen dar. Deren Interessen sind nicht unsere. Die „Kompetenz“, die uns gewählte Volkswirter abersprechen, hängt direkt von unseren Interessen ab und davon, daß sich möglichst viele darüber bewußt sind. Kürzlich machte der „Hamburger Verkehrsverbund“ Werbung mit dem Streckenplan von U- und S-Bahnen, dazu den Slogan: „Planwirtschaft hat auch was Gutes“ - so beschränkt die Bedeutung für den SPD-Senat auch

Wer soll den Nulltarif bezahlen?

Die Frage müßte eigentlich lauten: Wer begleicht die roten Zahlen des Autoverkehrs? Nach Angaben des Heidelberger Umweltinstituts verursacht der Verkehr durch „Unfälle, Lärm, Flächenverbrauch und Verschmutzung von Luft und Wasser mit 298,3 Milliarden Mark fast zwei Drittel aller ökologischen und sozialen Kosten“. Dazu kommt noch, daß seit 1950 auf westdeutschen Straßen 527.000 Menschen starben und 17 Millionen verletzt wurden.

Verkehrsplanung, Versorgung mit Schulen und Kindertagesstätten, Kultur- und Freizeiteinrichtungen gefällig. In den Betrieben gibt es auch gewählte Vertreter, die die direkten Interessen der Beschäftigten vertreten, eingebunden in eine demokratische Rahmenplanung der gesamten Wirtschaft. So gibt es Möglichkeiten, die Produktion nach den Bedürfnissen sowohl der Konsumenten als auch der ArbeitnehmerInnen unter Berücksichtigung des Umweltschutzes auszurichten. Die arbeitende Bevölkerung bestimmt selbst, was und wie produziert wird. Soweit ein kurzer Ausblick in eine mögliche sozialistische Zukunft.

Huch! wird da so mar- che/r ausruhen. Wo sind denn all' die Unternehmer und Vermieter, die sich an uns heute dick und dünnlich verdienen? Angesichts der ungeheuren Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen können wir uns diese Profiteure nicht mehr leisten. Hier muß an die Stelle der Bereicherung weniger auf unsere Kosten die Selbstverwaltung aller treten!

Wie kämpfen?

Wir müssen heute damit anfangen, Verbesserungen zu erkämpfen. Deshalb müssen wir uns zusammenschließen - wo, wann nicht in der SPD und den Ge-

Jusos Stuttgart

Der Verkehrsverbund Stuttgart (VVS) hat zum Jahresbeginn 1992 die Fahrpreise erhöht und läßt damit alle guten Wünsche für eine umweltfreundlichere Verkehrspolitik im neuen Jahr wie Seifenblasen zerplatzen.

Aktionstage gegen Fahrpreiserhöhung

In diesem Jahr ist die Erhöhung mit 4,9% noch dazu sehr hoch ausgefallen. Außerdem wurde das Innenraum-Abfo für SchülerInnen und StudentenInnen ab- geschafft; sie müssen jetzt erheblich tiefer in die Tasche greifen, um mit dem VVS eine vergleichbare Bewegungsfreiheit zu erhalten (bisher 60,- jetzt 77,-).

Die Jusos im Kreisverband Stuttgart führten vom 2.-4.1.92 Aktionstage in der Stuttgarter Innenstadt durch, um gegen diese Politik zu protestieren und gleichzeitig auf ihr Nahverkehrskonzept aufmerksam zu machen. Am 2.1. wurde an den Verkaufsstellen des VVS in der Klett-Passage des Stuttgarter Hauptbahnhofs eine Umfrage unter den Fahrgästen durchgeführt. Die Antworten auf die Frage: „Was halten Sie von der diesjährigen Fahrpreiserhöhung?“ reichten von „soziale Ungerechtigkeit“ über „Unverschämtheit“ bis zu „Sauerei“. Am 3.1.

werkchaften? Wir brauchen starke Organisationen, die in der Lage sind, den Kampf um unsere Interessen zu organisieren, um regionale Bewegungen miteinander zu verbinden. Aber diese Organisationen brauchen eine kämpferische Führung und vor allem ein Programm, in dem unsere Interessen und Ziele zum Ausdruck kommen.

1. Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)
 - Erweiterung des Schienen- und Busnetzes.
 - Nulltarif und Takzeiten-Verklüftung.
 - Abschaffung der 1. Klasse: Platz fürs Rad statt für Schluppe.
 - Aufbau eines Ringnetzes und Anschluß an eine City-Bahn für Pendler.
 - Personalbeförderung rund um die Uhr (Kontrolleure in den Führerstand).
 - Nachtaxis für Frauen und Sammelaxis ab Haltestelle.
2. Veränderung der Verkehrsmittelstruktur
 - Fahrradverengung für Bus- bzw. Straßenbahnpur.
 - Radwegnetz und Fahrradwerkstätten mit Garbis-Service.
 - Parkplätze zu Grünflächen.
 - Tempo 30 auf allen Straßen, Ziel: Tempo 100 auf der Autobahn.
 - Alle Güter auf die Schiene (inner-
3. ran an die Profiteure der Umweltzerstörer
 - Vergesellschaftung der Auto- und Ölkonzerne, der Banken, Versicherungen und Großbetriebe im Spektakelbereich unter demokratischer Kontrolle von Belegschaften und Gewerkschaften.
 - Finanzierung und Umsetzung der Reformen im Rahmen einer staatlichen Rahmenplanung von Verkehr und Wirtschaft.

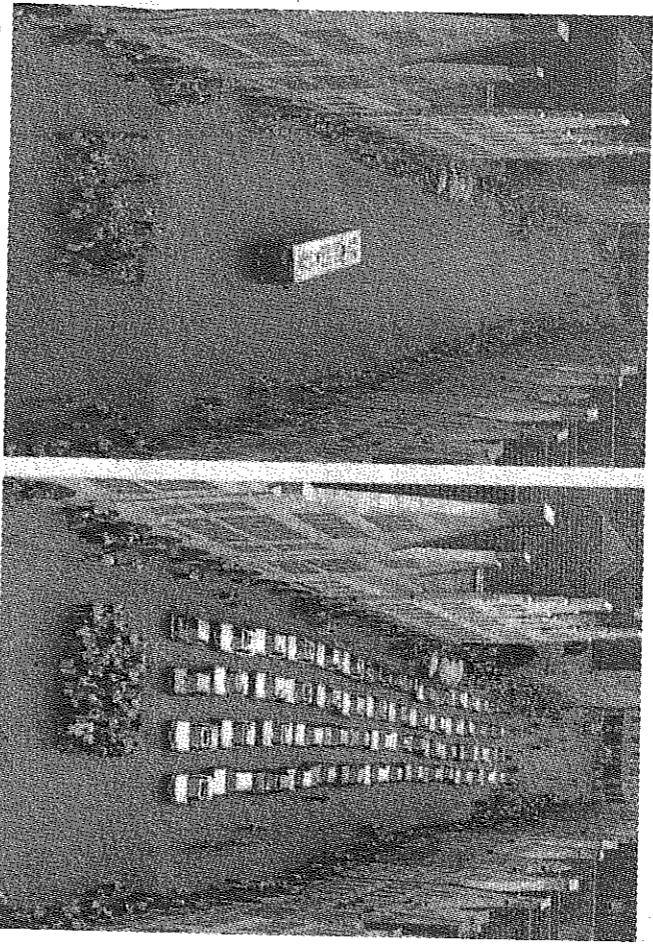
So ist es die Aufgabe der SPD-Führung, das Bewußtsein für die eigenen Interessen und das Selbstvertrauen in die eigenen Kräfte der breiten Bevölkerung zu fördern. Dabei sollten die bereits vorhandenen Ansätze, wie zum Beispiel die Organisation von Stadtteilinitiativen, gegen Verkehrsterror oder die bereits existierenden Konzepte von ÖTV- und Eisenbahnergewerkschaft aufgegriffen und vorangetrieben werden.

Das ist die Hauptaufgabe einer SPD als Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen, nicht parlamentarisches Experten-Hickhack und seichte Appelle an die Autoindustrie!

Unverbesserliche AutofahrerInnen?

Die Kapitalgeiger und ihre Parteien, CDU und FDP, versuchen natürlich, eine aufkommenden Bewegung gegen

müssen. Sind die zusätzlichen Steuer gelder nicht nur ein Bruchteil der Schadenskosten und angesichts der irreparablen Schäden für Mensch und Natur nicht lächerlich? Hält eine Sonderbelastung für AutofahrerInnen diese davon ab, ihr Fahrzeug zu benutzen, oder haben sie nicht eher das Gefühl, nun ein erweitertes Recht aufs Autofahren erkauf zu haben, besonders, wenn es keine günstigere Alternative im öffentlichen Personennahverkehr gibt? Werden AutofahrerInnen dann noch mehr Verständnis für Fahrradverengung durch Busspuren und Tempo 30 haben? Die große Mehrheit der AutofahrerInnen sind keine Autonarren oder Psychopathen - auch sie haben ein Interesse an einem anderen Verkehrssystem und dürfen nicht als Schuldige in die Ecke gedrängt werden.
Jens Breyß, Hamburg
Jungsozialist



ter, gegen die Automobilkonzerne mit dieser Profitinteressen? - Nein, haben sie nicht. Im Gegenteil: Bundesverkehrsminister Krause Betonpolitik-Pläne für den Verkehr in Ostdeutschland wurden von der SPD-Mehrheit im Bundesrat unterstützt.

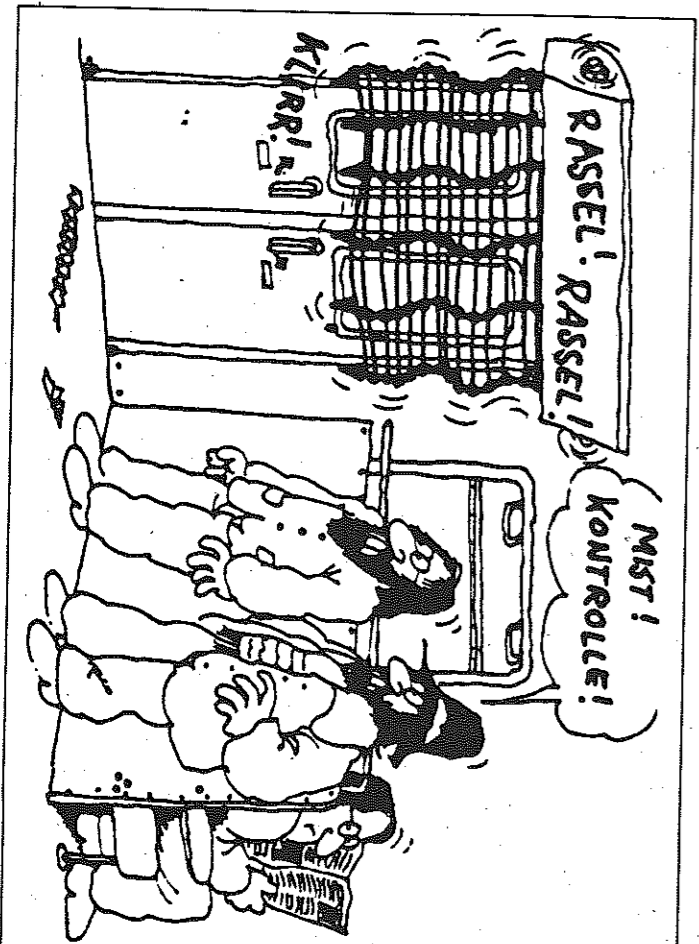
Verkehrschraus wird verwaltet

Unsere Spitzpolitiker bevorzugen das Palaver in speziellen Verkehrsausschüssen, lassen sich Gutachten von Experten ausarbeiten, um dann schulterzuckend festzustellen, daß dieses Fachgebiet ja so kompliziert sei, da fehle den Laien die Kompetenz, um die Sachzwänge zu verstehen...

Verlassen wir vorerst den ruhigen Sitz in Parlament und Behörde: Wie sehen die Probleme des Verkehrsalldages aus? In der Zeit des Berufsverkehrs sind Bahnen und Busse gerammelt voll, bei hohen Fahrpreisen und längeren Wartezeiten - keine verlockende Alternative für AutofahrerInnen. Besser ergeht es einem im Auto aber auch nicht, Warten im Stau und hektisches Fahren kennzeichnen den Arbeitsweg.

Der Aufschwung der letzten Jahre hat nicht nur mehr Menschen den Besitz eines Auto ermöglicht und somit den Straßenverkehr verdichtet, sondern auch die Arbeit selbst. Diese Arbeitsnetze wirkt sich auf die Fahrweise vieler Berufstätiger aus, ebenso wie auf den Umgang miteinander in überfüllten Nahverkehrsmitteln. Auch das führt zur Ent-Solidarisierung, macht das Ausspielen gegeneinander für die Unternehmer einfacher.

Bewegungsfreiheit ist in der Autowerbung ein vielgepriesener Begriff - und viele AutofahrerInnen verwechseln das mit tatsächlicher Freiheit. Was ist denn mit der Freiheit, sauberes Wasser zu trinken, frische Luft zu atmen, gesundes Gemüse zu essen? Die Hamburg-weiten Blockadeaktionen haben



Axel Keaten, Stuttgart-West
Jungsozialist

„We want more DT 64“

Unter dem Banner dieses zur Hymne gewordenen Songs der Gruppe „No Name“ kämpften Freunde und Hörer in Ost und West für den Erhalt des ostdeutschen Jugendradiosenders DT 64. In der ehemaligen DDR stellt DT 64 ein Stück der eigenen Identität dar, die im Einigungsprozess nur allzu oft und allzusehnell unter den Tisch gefegt wurde.

Doch der einzige jugendsender Deutschlands sollte zum Jahresende 1991 laut Einigungsvertrag Artikel 36 liquidiert werden. (VORAN berichtete darüber in Nr. 135). Damit wird eine kritische Stimme zum Schweigen gebracht, die nicht wie der größte Teil der restlichen Medien die DDR lediglich auf die Stasi reduziert. Die Ost-Medien sollen liquidiert werden, weil sie von den durch die grandiose Kohlpolitik verursachten Zuständen in der ehemaligen DDR berichten könnten.

Protestwelle

Die Herren Politiker wollten wieder einmal über unseren Kopf hinweg entscheiden, doch das haben sich die Jugendlichen nicht gefallen lassen. Die Protestwelle gegen die Entscheidung der Theatrandanstalt DT abzuschalten, rolle seit Wochen. Es wurden Unterschriftenaktionen, Mahnwachen, Solidaritätsfeiern und Konzerte sowie unzählige Demonstrationen für den Erhalt des Jugendsenders veranstaltet. Weit über 270.000 Unterschriften wurden gesammelt und über 1,5 Millionen Hörer standen hinter den 30 im Westen und 50 im Osten existierenden Hörerinitiativen.

Der Kampf um den Erhalt hat sich

vorerst gelohnt, denn in Brandenburg soll DT bis Ende Januar und in den übrigen ostdeutschen Bundesländern bis zum 30. Juni diesen Jahres weiter senden können. Nur im Norddeutschen, in Mecklenburg-Vorpommern, schauen die Hörer in die Röhre und müssen sich mit dem alles- und nichts-sagenden Rauschen auf der ehemaligen DT-Frequenz begnügen. Doch dagegen regt sich begründeter Protest, zumal die alte Frequenz noch nicht einmal neu belegt worden ist, was wiederum die Abschaltung DTs im Norden (wie auch die bald folgenden Abschlüssen) sehr nach einer politisch motivierten Entscheidung aussieht lassen.

„Galgenfrist“ mit Pferdefuß

Das Angebot des MDR (Mitteldeutscher Rundfunk) für eine Weiterfüh-

ker NDR-Funkhaus, genauso wie Ende Dezember an die 50 Hörer die brandenburgische Staatskanzlei besetzt hatten. Doch man wußte sich wieder anders zu helfen, als die Polizei einzusetzen und räumte das Rostocker Funkhaus schon einen Tag später.

Die kurzfristige Zusage für einen besse- ren Erhalt des Jugendradios soll

die Bewegung, die sich gegen die Schließung einsetzt, spalten und verwirren. Trotz aller vermeintlichen Zugeständnisse muß der Kampf auch über die gesetzliche Bevormundung und Zensur durch den MDR oder wen auch immer weitergehen! Ebenso der Kampf für die Ausweitung des Sendebetriebs auf den Westen Deutschlands. Denn: das, was im Westen schon immer gefehlt hat, darf nun nicht im Osten abgeschafft werden.

Zweiterlei gilt doch zu denken: Zum einen soll der ostdeutsche Kulturser-



von nur 30.000 weiblichen, doch DT spätestens in einem knappen halben Jahr das Ende bereitet werden. Zum anderen gibt es Anstoß zum (Nach-)Denken, wenn der Bundestag über Jugendpolitik debattiert und der anschließende Antrag für den Erhalt des ostdeutschen Jugendradios DT 64 abgelehnt wird. An die Stelle der willkürlichen, von Staatsbürgern und privaten Medienkonzernen bestimmten Medienpolitik muß eine von der Bevölkerung und Jugend selbstbestimmte Kultur- und Medienpolitik treten.

Kim-Pierre
Levermann,
Lübbeck,
Jungsozialist

Kassel Nazi-Begräbnis unter Polizeischutz

Am Freitag, dem 3. Januar, wurde der Neonaziführer Kühnen auf dem Kasseler Westfriedhof bestattet. Aus diesem Anlaß kamen aus ganz Deutschland Rechteextremisten nach Kassel. Verschiedene antifaschistische Gruppen trafen mit Flugblättern und Plakaten zum Protest gegen das Treffen der Nazis auf. Die Demo stand unter dem Motto: „Kassel soll kein Naziwallfahrtsort werden.“

Die örtliche Presse weigerte sich, eine bezahlte Anzeige abzurufen, die zu der Demonstration mobilisieren sollte. Schon frühzeitig sperrte die Polizei das Gelände um den Friedhof mit Gittern ab. Jeder Demonstrant wurde untersucht, während der Naziführung sich auf dem Friedhof zusammenfinden konnte. Der Versuch mißlang, die ca. 150 Nazis von ihrem Treffen abzuhalten. Das Gelände um den Friedhof war zu groß und unübersichtlich. Immer wieder gelangten Gruppen von Faschisten auf den Friedhof, ohne von den Demonstranten gestoppt werden zu können. Die Polizei schützte die Faschisten. Einige Autonome stimmten auf zwei verirrte Faschisten zu. Daraufhin ließen die Polizisten Hunde auf die Autonomen los. Zwei von ihnen wurde in die Hand gebissen und die beiden Faschisten konnten unter Polizeischutz abziehen. Um zwölf Uhr fand die Bestattung statt. Trotz Verbot sangen die Rechten Lieder wie „Die Fahne hoch“ oder machten den „deutschen Gruß“. Die Polizei ließ dies zu.

Ein Polizist fühlte sich wohl von der die Nazis beschimpfenden Menge bedroht. Er schlug einem Mähdchen ohne Grund auf den Kopf und in den Bauch. Ein Autonome wurde von einem Hund ins Bein gebissen. Anstelle des angeforderten Krankenwagens kam ein Wasserwagen.

Um 12.30 Uhr war das Begräbnis zu Ende. Ein Später Polizisten und der Wasserverwalter stellten sich zwischen uns und die Rechten. Plötzlich stürmte ein großer Teil der Faschisten in einer Nebenstraße auf den Demonstrationszug zu. Steine und Leuchtraketen flogen auf beiden Seiten. Die Autonomen waren in der Überzahl, so daß die Skins zurückgedrängt werden konnten. 20 Demonstranten und ca. 4 Faschisten wurden verletzt. Das Einsatzkommando löste die beiden Gruppen voneinander. Die Demo löste sich auf und die Neonazis gingen zu der Totenfeier in eine Gaststätte im Landkreis Kassel.

Auch wenn die hingerichtete Presse solche Ereignisse zum Anlaß nimmt, Antifaschisten und Nazis gleichzusetzen, dürfen wir uns nicht davon abhalten lassen, gegen die Nazis zu mobilisieren. Ihnen und der Öffentlichkeit muß gezeigt werden, daß eine große Gegenkraft existiert. Um zu verhindern, daß der Kampf gegen die Nazis als „Kleinkrieg“ zwischen Autonomen und Neonazis erscheint, brauchen wir wirklich große Mobilisierungen gegen Naziaktionen. Dabei sind SPD und Gewerkschaften als Arbeitnehmerorganisationen in der Verantwortung. Sie mußten sich offensiv dafür einsetzen, die braune Gefahr im Keim zu ersticken. Die Staatsgewalt und die politische Verantwortlichen in der Bundesregierung dulden die Nazis und schützen ihre Aktionen. Dies zeigte auch das Verhalten der Polizei in Kassel.

Florian Claus, Kassel
Jungsozialist

München Was ist ein „Linksschlawiner“?

Sie hätten „ihre Maske fallen lassen“. Diese „Berufsunfähigsten“, denen überall die Felle daonschwimmen“, zeigen jetzt ihr wahres Gesicht: es sei „gezeichnet von stalinistisch-bolschewistischen Gedanken“. Sie stünden „damit in der geistigen Nachfolge brauner und roter Diktatoren. Wie die PDS gehörten sie in den Verfassungsschutz-Bericht.“

Der Republikaner-Chef Franz Schönhuber hetzt hier nicht etwa gegen

die DKP oder ein anderes realsozialistisches Überbleibsel. Nein, er meint die Münchener Jusos. Seine antikomunistischen Ausfälle beziehen sich auf eine Presseerklärung der Jusos, in der sie dem CDU-Handliner Peter Gauweiler rassistisches und rechtsradikales Gedankengut nachweisen.

Ganz im Sinne der schwarz-bräunlichen Sammlungsbewegung ergänzt die CDU: „Die Jusos gehören mit den Über-

Jugendfestival Kassel Zukunft wird gemacht

Im Jahr 1991 gab es in Kassel 26 Drogenote, 7000 Wohnungen fehlten, es gibt 1000 Obdachlose, in Kassels Schulen sind die Lernbedingungen unmöglich, durch den Verkehr droht man zu ersticken, Jugendzentren sollen geschlossen werden - in den Schulferien sind sie sowieso geschlossen - wie sieht die Zukunft für Kasseler Jugendliche aus?

Wir müssen für unser Recht auf ein selbständiges Leben selber kämpfen. Darum haben die Kasseler Jusos ein Ju-

gendprogramm zu allen aktuellen kommunalen Jugendthemen geschrieben. Um dieses Programm populär in der Kasseler Jugend zu machen, starten wir jetzt eine Jugendkampagne. Die Kampagne beginnt mit einer Auftaktaktion in der Kasseler Innenstadt am 1. Februar. Am 14. März ist als Höhepunkt der Kampagne ein Jugendfestival geplant. In den sechs Wochen dazwischen sind die Jusos-Stadtteilarbeitersgemeinschaften aktiv. Jugendzentren, Schulen, Jugendradios und Diskothe-

bleiben der Münchener DKP zu jenem kläglichen Rest von Linksschlawinern in unserer Stadt, welche sich der SED/PDS als Bundesgenossen anbieten.“ Das liegt daran, daß die Jusos „jgendliche typischer Produkte westdeutscher Linkserziehung sind“.

Leider ist die Mehrheit der Münchener Jusos aber eher gemäßigt. Jetzt kommt es deshalb darauf an, die Auffassung der Jungen Union, wonach die Jusos eine „sozialistische Kampftruppe“ seien, in die Tat umzusetzen.

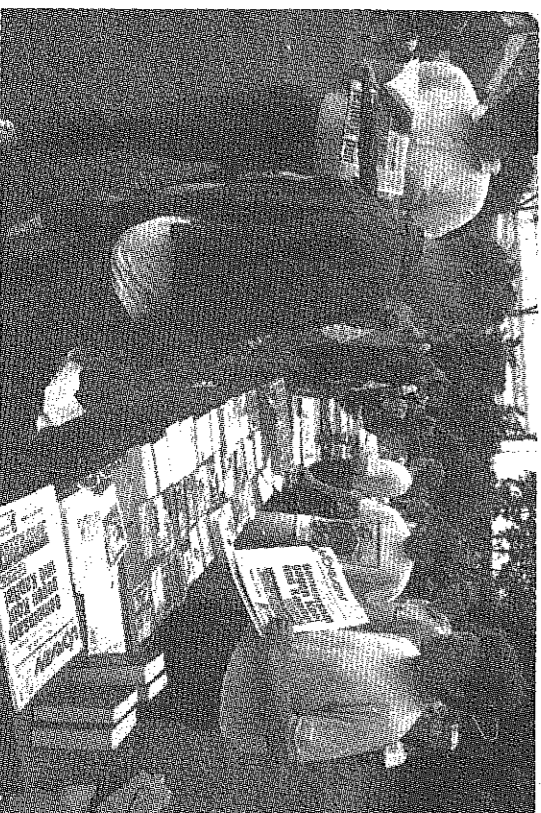
Nick Brauns, München
Jungsozialist

ken sollen besucht werden. Mit Sän- den und Orchesteraktionen, Presse, Fernsehen, Radio und Plakaten soll eine breite Öffentlichkeit erreicht werden.

Unter dem Motto „Zukunft wird gemacht“ steht der Höhepunkt der Kampagne: das „Kasseler Jugendfestival“. Bei dem Jugendfestival sind dann auch andere linke politische Gruppen gefragt. Am Anfang des Festivals steht eine Podiumsdiskussion zum Jugendprogramm. Teilnehmer an der Diskussion sind Kassels Oberbürgermeister Bremner und andere Jugendorganisatoren. Danach sollen Workshops von Kasseler Jugendgruppen sowie Kleinkunst und Theater den Nachmittag ausfüllen. Anschließend sollen Bands spielen, und eine Disco wird das Festival abschließen.

Für Jugendzentren und Wohnungen, gegen die Unterdrückung der Frauen und Mädchen, Rassismus und für eine „Gesellschaft, die uns gehört“ können wir nur gemeinsam kämpfen. Unser Ziel in der Jugendkampagne ist es daher, Jugendliche im Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu organisieren. Wer an dem Jugendprogramm interessiert ist, kann es über die Redaktion VORAN beziehen.

Sascha Leffler, Kassel
Jungsozialist



Info-Stand der Kasseler Jusos beim Juso-Pfingstcamp 1990.

...mach' mit bei den Jusos!



Ein Jahr vor dem „magischen Datum“ 31.12.1992, dem Starttermin des EG-Binnenmarkts, wurde auf dem Europa-Gipfel von Maastricht im Dezember letzten Jahres scheinbar der nächste große Schritt zur Vereinigung Europas festgeklippt: die Schaffung der europäischen Währungsunion und damit die Abschaffung der Deutschen Mark bis spätestens 1999. Wie steht es aber wirklich um die Schaffung des „Gemeinsamen europäischen Hauses“, welche Interessen stecken dahinter und was kommt für die Masse der arbeitenden Bevölkerung dabei heraus?

Der Druck auf die einzelnen europäischen Staaten, Europa zu einem Block zusammenzuschließen, der sich gegen Asien (dominiert von Japan) und Nordamerika (USA und Kanada) behaupten kann, ist mit dem Zusammenbruch des Stalinismus gewachsen. Die politische Vorherrschaft den USA ist durch den Zerfall der Weltmacht Sowjetunion gestärkt worden, Bush hat seine „neue Weltordnung“ mit der USA als Weltpolizei ausgerufen. Auf der anderen Seite des Atlantik wurde der deutsche Imperialismus durch die Einverleibung der DDR ernüchtert, seine wirtschaftliche Macht auch politisch auszuspielen und Europa noch mehr nach seiner Pfeife tanzen zu lassen.

Die größte Bedrohung als Konkurrenz auf dem Weltmarkt sind aber nicht die USA, deren wirtschaftliche Schwäche gerade in den letzten Monaten überdeutlich wurde (siehe Artikel auf Seite 8), sondern Japan und seine Überlegenheit in der Produktion von Autos und elektronischen Konsumgütern, aber zunehmend auch von Hochtechnologieern.

Jaques Delors, Präsident der EG-Kommission, wies in einem Interview mit der *Sunday Times* auf die wirklichen Triebkräfte der europäischen Einheit hin: „Japan weht sein Spinnennetz über große Teile des Pazifik... Die USA und Kanada rücken in einer Freihandelszone enger zusammen, wobei Mexiko zweifellos morgen dazustoßen wird. Das heißt, daß die Welt anfängt, große regionale Zusammenschlüsse zu entwickeln.“

Japanische Konkurrenz

Das Kräfteverhältnis Japan-EG wurde in dem letzten Jahr im Juli vereinbarten Kompromiß über die Beschränkung japanischer Auto-Verkäufe in Europa deutlich. Zwar haben sich die Japaner auf eine maximale Zahl von 2,43 Millionen pro Jahr bis 1999 festgelegt, eine Festbeschreibung des maximalen japanischen Marktanteils auf 16% bis 1999, wie sie die EG aus dem Abkommen herauslesen wollte, wird jedoch von den japanischen Produzenten nicht akzeptiert. So wirkt dieser Versuch zum Schutz der weniger produktiven europäischen Autoindustrie ähnlich jährmerzlich wie Präsident Bushs Beteiligung nach Japan im Januar. Im Zuge des weltweiten Rückgangs der Autokonzunktur werden die europäischen Auto-konzorne ziemlich Schwierigkeiten mit der japanischen Konkurrenz bekommen. So bezeichnete dann auch der Chef der französischen Peugeot-Citroen-Gruppe, Jacques Calvet, diesen Kompromiß als „verabscheuenswert“ und „Verrat“.

EG - Traum und Wirklichkeit

Die „Europa-Union“ als eine kapitalistische Macht ohne interne Grenzen, mit einer Währung, einer Zentralbank, einer Regierung, einem Staatsapparat und einer europäischen Armee ist eine Traumvorstellung für viele Strategen des Kapitals. Die raue Wirklichkeit sieht jedoch anders aus.

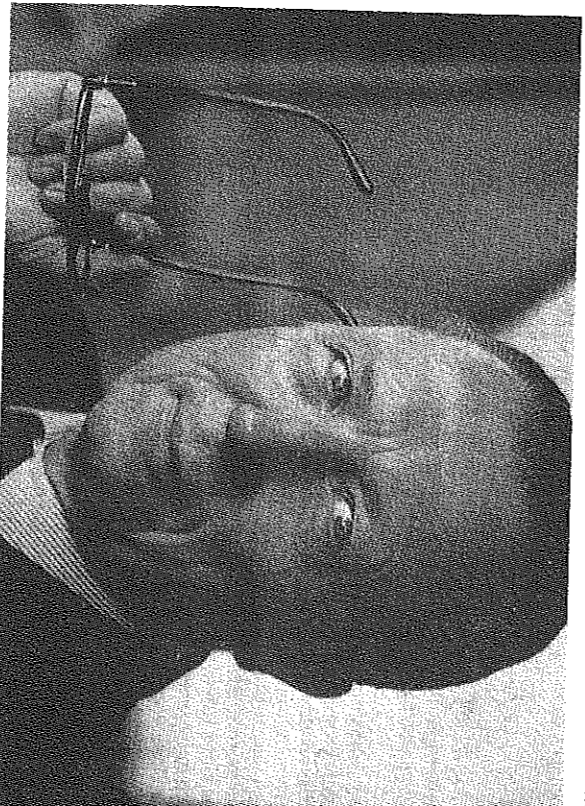
Die Bestrebungen zur Vereinigung Europas laufen bereits seit den 50er Jahren und wurden immer wieder durch das Aufbrechen der Konflikte zwischen den einzelnen Nationalstaaten behindert.

1957 schlossen sich die BRD, Frankreich, Italien und die Benelux-Staaten zur Bildung der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG) und der „Europäischen Atomgemein-

schaft“ (Euratom) zusammen. Seitdem sind Großbritannien, Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien und Portugal beigetreten und haben die Zahl der Mitgliedsstaaten auf Zwölf erhöht.

Die Gründe wurden in einer Denkschrift des Bonner Wirtschaftsministeriums von 1953 erklärt:

„In den gegebenen nationalen Räumen ist bei dem derzeitigen Stand der nationalen Arbeitseinstellung eine (...) Steigerung zwar auf sehr vielen Gebieten durchaus möglich, aber sie stößt auf wesentlich engere Grenzen, als sie in einem größeren Wirtschaftsgebiet gegeben sind. Die Vorteile eines größeren Wirtschaftsgebietes liegen vor allem in der Chance, eine gesteigerte Arbeitseinstellung durchzuführen. Sie gestattet eine bessere Verteilung der Produktionsstandorte (...). Sie gestattet auch die zusätzliche Ausnutzung brachliegender Produktionsreserven, deren komple-



EG-Kommissionspräsident Jacques Delors: „Wir müssen Großmacht werden“.

mentäre Teile auf getrennte Wirtschaftsgebiete verteilt sind. Der Markt eines größeren Wirtschaftsgebietes erhöht die Absatzmöglichkeiten für die einzelnen Unternehmer und damit auf Chance zur Produktion in größeren Sektoren mit allen Vorteilen, die sich für Kapitalisierungen in Produktion und Handel ergeben.“

Im Zuge des Nachkriegsaufschwungs kam es zu einer verstärkten wirtschaftlichen Integration der EG-Staaten, aber bereits 1965 gab es eine erste Zerreißeprobe, als Frankreich sieben Monate lang alle Sitzungen der Gemeinschaftsorgane boykottierte.

1970 wurde das Ziel einer einheitlichen Währung und eines einheitlichen Binnenmarkts von 1972 auf 1980 verschoben. Wegen der Weltwirtschaftskrise 1974/75 und dem instabilen Dollar wurde daraus wieder nichts, stattdessen gab es schwere Auseinandersetzungen in der EG. In der nächsten Weltwirtschaftskrise von 1980 bis 82 drohte nochmals das Auseinanderbrechen der EG, weil sich die Mitgliedsstaaten zu ungleich entwickelten. Frankreich rief 1982 den „Notstand des Außenhandels“ aus, Griechenland setzte die EG-Freizahndeckelungen ganz außer Kraft.

Die EG ist eine „Schönwetterorganisation“, die die Widersprüche zwischen den einzelnen kapitalistischen Nationalstaaten nur zum Teil und nicht unwiderruflich auflösen kann. In schwierigen Zeiten verläßt sich jede einzelne nationale Kapitalistenklasse auf ihren Staatsapparat und ihre Regierung, um die eigenen Interessen und Märkte zu schützen.

Auf der anderen Seite konnten in Ausnahmefällen beachtliche Schritte

Hintergrund

Nach dem Gipfel von Maastricht

Europa 1999

ein Markt und eine Währungs

zur Integration vollzogen werden. Grundlage war die wirtschaftliche Ausdehnung, die den Wegfall von Handelsbeschränkungen vorantreibt. Von 1950 bis 1970 konnten die EG-Staaten ihren Außenhandel um 650% hochschaukeln, während im gleichen Zeitraum der Welthandel „nur“ um 100% wuchs. Der Handel innerhalb der Gemeinschaft betrug 1985 das 25fache des Wertes von 1950.

Aber die Gewinner der europäischen Integration sind neben den gut bezahlten Euro-Bürokraten vor allem

Agrarpolitik über die es in der Öffentlichkeit zu Recht eine schlechte Meinung gibt, da sie die Profite der Lebensmittelindustrie und der Großhändler auf Kosten der Verbraucher, der Umwelt, der „3. Welt“ und der kleinen Bauern sichert.

EG-Binnenmarkt 1992

Der Wirtschaftsaufschwung ab 1983 war die Grundlage dafür, daß das alte Projekt vom EG-Binnenmarkt 1987 wieder konkret in Angriff genommen wurde, und zwar für den 31.12.1992.

Die Überlegungen hinter dem Binnenmarkt-Vorhaben zeigen folgende Zitate aus Veröffentlichungen der EG-Kommission und des Europäischen Parlaments:

„Die unterschiedlichen Erzeugnisse sind ein großes Hindernis für die europäische Industrie. Sie hindern die Unternehmen daran, den Dimensionseffekt des europäischen Marktes zu nutzen und zu zwingen sie, zwölf verschiedene Versionen des gleichen Erzeugnisses herzustellen, zwölf Prüf- und Zulassungsverfahren anzuwenden.“

„Müssen Sie, daß die Mitgliedsstaaten insgesamt doppelt so viel für Forschung ausgeben wie Japan? Ja schon, aber jeder Staat für sich. Inzwischen hat sich Europa bei den Tonbandgeräten japanischen Normen unterworfen, und im Bereich Großcomputer ist es sozusagen aus dem Rennen.“

Bei dem „Binnenmarkt-Projekt“ geht es also darum, die Handelshindernisse im Bereich der Normung, Auflagen und Besteuerung zu beseitigen und den völlig freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zu gewährleisten. Freiheit für die Unternehmer, Europa für den Weltmarkt fit zu machen, bedeutet nicht, daß die Arbeiter dadurch auch „freier“ werden. Wesentlich beim Binnenmarkt ist die

hig zu bleiben.

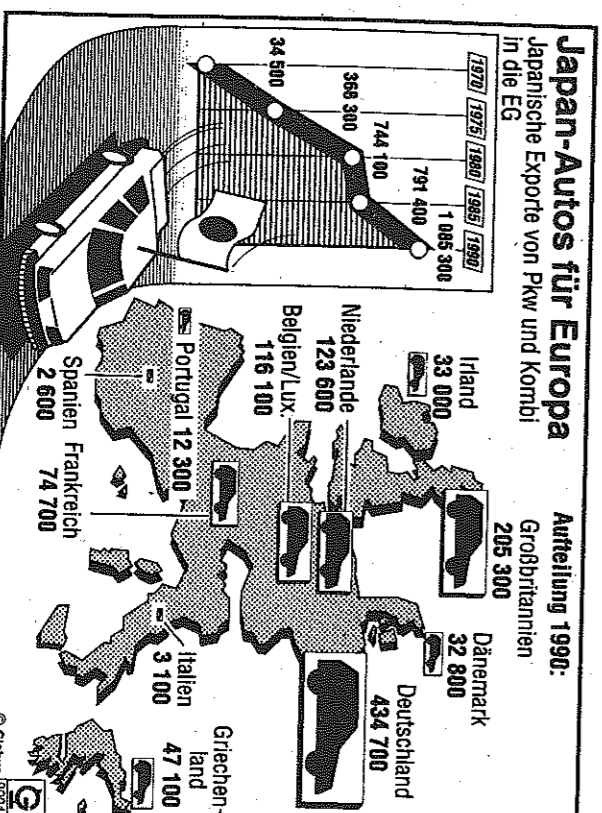
Bei allen feierlichen Betonen, daß der Binnenmarkt uns allen Vorteilen bringen würde, fehlt jede konkrete Verpflichtung. Die europäische Sozialpolitik wurde zwar von der ehemaligenischen Premierministerin Thate „Einführung des Marxismus durch Hinterhut“ gesehen, ist aber nicht mehr als Zuckerguß für das Euronormen. So wies zum Beispiel britische Labour-Abgeordnete Leighton darauf hin, daß der Tarif Löhne „unprinzipallich“ per Gesetz gesetzt werden sollte. Diese wurden gestrichen und ersetzt „in Übereinstimmung mit Vereinigen in jedem Mitgliedsstaat“. In ren Worten: Es bleibt alles wie es ist. Aber selbst über die reinen Abklärungen wird in der EG noch stritten. Vor allem die britische Regierung will freie Hand bei ihren Aktionen auf die Lohnabhängigen betreiben. Beim Gipfel von Maastricht ist es britischen Premier Major gelungen, einen bescheidenen Plan für gemeinsame Fortschritte in der Sozialpolitik und der Mitbestimmung abzuschließen. Die restlichen elf EG-Mitglieder werden daraufhin unverhindert, der für mehr sozialpolitischen Fortsorgen zu wollen – na denn.

Vollendung des Binnenmarkts 1992?

In einem in VORAN Nr.108 gedruckten Antrag des Stuttgarter Kreisverbandes wurden im Mai folgende Perspektiven aufgestellt: „Der Binnenmarkt 1992 kann kein dauerhaften Wirtschaftsaufschwung Europa bewirken. Er wird auch Grundwiderpruch zwischen der globalen Entwicklung der Produktivität und ihrer Beschränkung durch die nationalstaatlichen nicht aufheben. (...) wirtschaftlichen Erschlüternungen, im letzten Jahrzehnt diese Jahrtausend noch kommen, wollen erst mal tiefer stehen sein. Andererseits ist die gegenseitige Verflechtung der europäischen Volkswirtschaften schon so fortgeschritten, daß die EG nicht als schnell auseinanderbricht. Aber schnell auseinanderbricht. Aber neue Weltwirtschaftskrise noch 1992 – die nur alzu wahrscheinlich wird in jedem Fall einen dicken Strich durch all die schönen Pläne machen. Sogar ein bis 1992 anhaltender Aufschwung würde noch genügend Schwierigkeiten lassen, die zu überwinden wären.“

„Das bewußt tiefgesteckte Ziel Vergleich zu früheren Vorstellungen Binnenmarkt '92 ist schwierig, gerade durchzusetzen. Fast 300 verschiedene Bereiche gibt es, in denen die 12 Länder ihre nationalen Gesetze ändern müssen... Über rund 120 – aber die wichtigsten, wenig umstrittenen – haben sie im Ministerrat Einigung erzielt, doch von den nationalen Parlamenten sind sie deshalb noch lange nicht geschlossen.“

Ein Jahr vor dem 31.12.1992 sind noch rund 50 ausstehende Gesetzesvorschlüsse. Von den rund 80% der abgeschiedenen Regelungen sind jedoch nur ein Drittel rechtskräftig. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schrieb dazu am 6.1.92: „daß es nach 1992 noch da-



Schiffbau besteht in einer staatlich geplanten Vernichtung von Kapazitäten und damit von Arbeitsplätzen zum Wohle des Profits der beteiligten Unternehmer. Die größte „Ernungsgesellschaft“ der EG bisher ist die „Gemeinsame Agrarmarktkordnung“ und die zentrale

Reihe von Hürden im Binnenmarkt gehen wird, auch wenn diese kaum an den Grenzen sichtbar werden dürften. Die Abrechnung der Besteuerungsumfänge findet nicht mehr an den Grenzen, sondern in den Unternehmen statt. Aber selbst der freie Warenverkehr über die Grenzen ist eingeschränkt. „Oho Normalverbraucher“ darf wegen der Steuerunterschiede nicht einmal Alkohol und Zigaretten unbegrenzt aus- und einführen...

Trotzdem ist die Integration weitergegangen, als wir es 1989 für wahr-scheinlich gehalten haben. Der anhaltende Wirtschaftsaufschwung und der verstärkte Druck auf Europa durch das veränderte Kräftegleichgewicht seit dem Zusammenbruch des Ostblocks waren hierfür die Grundlage gewesen.

Binnenmarkt-Euphorie verfliegen

Auffällig ist aber, daß die in der Öffentlichkeit noch 1989 verbreitete Euphorie in Bezug auf die Segnungen des Binnenmarkts verfliegen ist. Damals wurden von binnenmarktbegeisterten Politikern angekündigt, daß der Binnenmarkt unter anderem 2,5 Millionen neue Arbeitsplätze und 2% höheres Wirtschaftswachstum bringen würde.

Aber seitdem hat sie die Realität der kapitalistischen Entwicklung wieder auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Die Europa-Begisterung und besonders der deutschen Bundesbank wurde durch die Erfahrungen mit den „Kosten der deutschen Einheit“ stark abgekühlt, jetzt heißt eher Frankreich die europäische Einigung voran. Britannien, Schweden und das Nicht-EG-Mitglied Schweiz befinden sich in der Rezession. In den meisten anderen europäischen Staaten und auch in Deutschland schwächt sich das Wachstum deutlich ab. Der Nachfrageschub durch die riesigen Geldsummen, die von Westdeutschland in die DDR gepumpt wurden, brachte nicht nur eine Sonderkonjunktur für die BRD, sondern auch für Frankreich und die Benelux-Staaten. Dieser Wachstumsschub geht jetzt zu Ende. Die EG-

Nachdem die Arbeitslosenquote von 1989 bis 1991 leicht von 8,9% auf 8,6% gesunken war, erwartet die EG-Kommission für 1993 einen Anstieg auf 9,2%. Die Aussage in dem VORAN-Artikel vom Mai 1989, daß die Hoffnungen auf einen dauerhaften Wirtschaftsaufschwung durch den Binnenmarkt vergebens sind, wurde also voll bestätigt. Im übrigen hält auch keiner der damaligen Europa-Begisterer diese Behauptung mehr aufrecht.

Die Daten sind dem Jahreswirtschaftsbericht 1990/91 der EG-Kommission entnommen (außer Griechenland/Zinsen: Deutsche Bank). Alle Werte sind Schätzungen aus der Jahreswende für das Jahr 1991 und können sich seitler verändert haben; die langfristigen Zinsen gelten für 1990. Luxemburg hat einen Haushaltsüberschuß. Die Angaben können wegen der einheitlichen Erhebungsmethoden von den nationalen Statistiken abweichen. Deswegen wurden die Wirtschaftswachstums- und Währungsunion-Kriterien etwas „aufgeweicht“, dies wird vernünftig auch im Entscheidungsverfahren 1999/98 so gehandhabt. BIP = Bruttoinlandsprodukt.

Land	Neuverschuldung (% des BIP)	Staatsverschuldung (% des BIP)	Inflationsrate in Prozent	langfristiger Zinssatz in Prozent	Kriterien erfüllt?
Belgien	6,1	129,4	4,5	10,1	▲▲▲▲
Dänemark	1,6	63,3	3,3	11,0	▲▲▲▲
Deutschland	4,8	45,2	3,9	8,9	▲▲▲▲
Griechenland	16,9	94,3	18,5	19,0	▲▲▲▲
Spanien	1,9	42,6	6,6	14,8	▲▲▲▲
Frankreich	1,1	36,1	3,6	10,0	▲▲▲▲
Irland	3,5	99,4	3,5	10,1	▲▲▲▲
Italien	9,4	102,9	6,3	13,3	▲▲▲▲
Luxemburg	-1,1	6,8	4,0	8,6	▲▲▲▲
Niederlande	4,7	78,5	2,8	9,0	▲▲▲▲
Portugal	5,6	64,7	12,6	15,4	▲▲▲▲
Großbritannien	0,7	41,8	6,3	11,2	▲▲▲▲
gefordert	max. 3	max. 60	max. 1,5	über den drei niedrigsten	max. 2

Kommission erwartet für 1991 einen Fall des europäischen Bruttosozialprodukt-Wachstums auf 1,3% im Vergleich zu noch 2,8% im Jahr 1990. Der Haupteffekt des Projektes „Binnenmarkt 1992“ war ein großer Schub in der Konzentration von Kapital durch Fusionen und Aufkäufe in Hinblick auf 1992. Die Zahl der Beteiligungen und Gründungen von Tochtergesellschaften in der EG hat sich von 708 (1986/87) auf 1384 (1989/90) verdoppelt. Diese Entwicklungen waren jedoch nicht mit der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze verbunden, sondern mit Rationalisierung, Arbeitsplatzabbau und verstärktem Druck auf die betroffenen Arbeitnehmer.

Die Hauptwirkung des Binnenmarktes ist die verstärkte Konkurrenz zwischen den Unternehmen, wobei die Stärkeren auf Kosten der Schwächeren Marktanteile sichern können. Die Arbeitnehmer werden gegeneinander ausgespielt und sind die Verlierer.

Aus diesem Grund wurden bei den Beschlüssen von Maastricht harte Bedingungen für den Eintritt in die Währungsunion gestellt, die heute nur von Dänemark, Frankreich und Luxemburg erfüllt sind (siehe Tabelle). Nach den Beschlüssen kommt die Währungsunion schon 1997, wenn die Mehrheit der Mitgliedsländer die Bedingungen erfüllt – was sie nicht tun wird. Ansonsten kommt sie spätestens 1999 – theoretisch auch im Entscheidungsverfahren.

Verschwindet 1999 die Deutsche Mark?

Die drastischen Folgen einer Währungsunion zweier Staaten

Nachdem die Arbeitslosenquote von 1989 bis 1991 leicht von 8,9% auf 8,6% gesunken war, erwartet die EG-Kommission für 1993 einen Anstieg auf 9,2%. Die Aussage in dem VORAN-Artikel vom Mai 1989, daß die Hoffnungen auf einen dauerhaften Wirtschaftsaufschwung durch den Binnenmarkt vergebens sind, wurde also voll bestätigt. Im übrigen hält auch keiner der damaligen Europa-Begisterer diese Behauptung mehr aufrecht.

Die Sache mit den Wechselkursen

Die Beseitigung von Handelsbarrieren, wie verschiedenen Normen, Zöllen und Einfuhrbeschränkungen ist von großem Nutzen für die Unternehmen, die am produktivsten sind und ausländische Konkurrenten aus dem Feld drängen können.

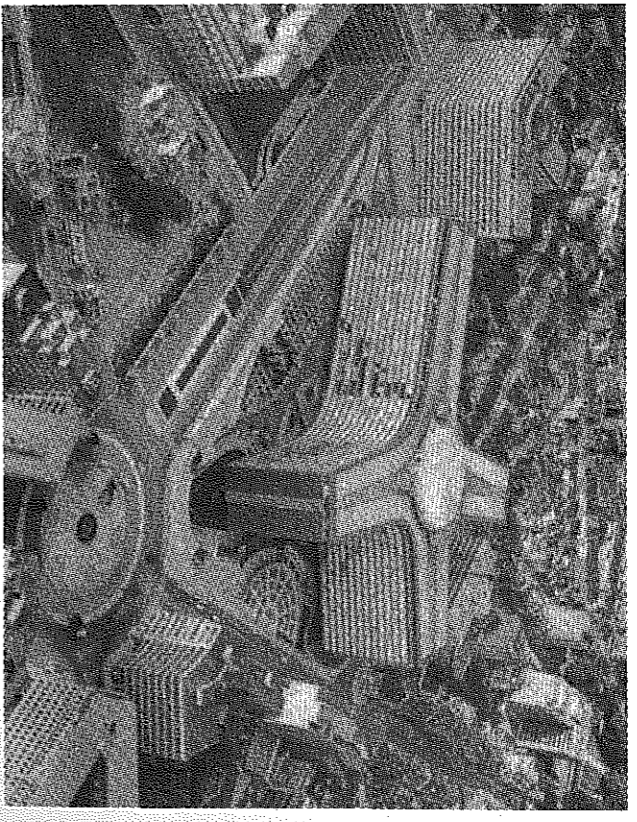
Gleichzeitig gibt es aber auch in jedem Land und besonders in den wirtschaftlich schwächeren Ländern Unternehmer, die auf den Schutz des eigenen Absatzmarktes oder Exportrollen angewiesen sind.

Wenn nun ein Land eine niedrigere Produktivität hat und deshalb die eigenen Produkte zu teuer für ausländische Käufer sind, kann es seine Währung abwerten, um die Waren für ausländische Importeure billiger zu machen. Der Preis dafür ist, daß die eigene Währung weniger Kaufkraft besitzt und Importeure somit teurer werden.

Die Änderung der Wechselkurse ist also ein Schutzmechanismus für eine nationale Wirtschaft, der allerdings die grundlegenden wirtschaftlichen Schwächen eines Landes nicht dauerhaft ausgleichen kann. Die Länder mit einer produktiveren Wirtschaft und einer damit „härteren“ Währung, wie zum Beispiel Deutschland, bekommen für

ten mit einem großen Unterschied in der Produktivität haben wir am Beispiel Deutschland gesehen. Die Industrie der ehemaligen DDR war mit Vollendung der Währungsunion am 1.7.1990 völlig geschützt der Konkurrenz der westdeutschen Industrie ausgeliefert.

In der Folge wurden über die Hälfte der Industriekapazitäten vernichtet und es waren riesige Transferzahlungen von West nach Ost nötig, um die sozialen Folgen einzugrenzen.

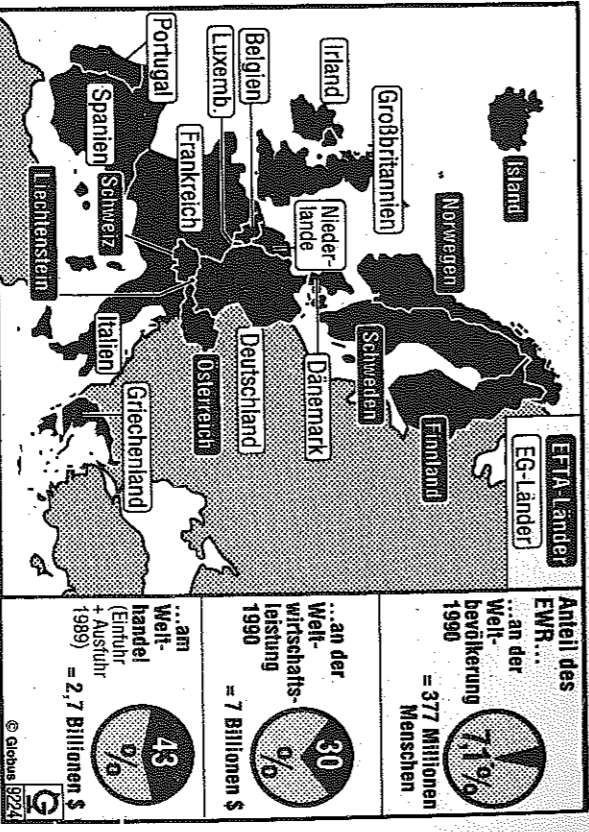


Sitz der EG-Kommission in Brüssel.

Aus diesem Grund wurden bei den Beschlüssen von Maastricht harte Bedingungen für den Eintritt in die Währungsunion gestellt, die heute nur von Dänemark, Frankreich und Luxemburg erfüllt sind (siehe Tabelle). Nach den Beschlüssen kommt die Währungsunion schon 1997, wenn die Mehrheit der Mitgliedsländer die Bedingungen erfüllt – was sie nicht tun wird. Ansonsten kommt sie spätestens 1999 – theoretisch auch im Entscheidungsverfahren.

„Gemeinsames Haus Europa“?

Es ist inzwischen klar geworden, daß alles Gerede vom „gemeinsamen Haus Europa“, daß nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Staaten begonnen wurde, nichts mit Barmherzigkeit zu tun hat. Die armen Nachbarn im Osten dürfen nämlich erstmal die dunklen Kellerräume im „gemeinsamen Haus“ beziehen.



Die Staaten der EFTA (Europäische Freihandelsassoziation) wurden ins Konzept des Binnenmarktes 1992 integriert und sollen einen gemeinsamen „Europäischen Wirtschaftsraum“ (EWR) mit der EG bilden. Aber die Staaten Osteuropas, die sich Hilfe von der EG erhoffen, bleiben erst einmal außen vor. Zwar wird die Notwendigkeit zu stabilisierenden Maßnahmen von den EG-Staaten gesehen, bei dem Gipfel von Maastricht wurde hierzu jedoch nicht einmal der Versuch gemacht, Lösungen zu finden (zur EG-Außenpolitik auch „Unser Standpunkt“ auf Seite 2).

Die Diskussionen um die „Politische Union“ spiegeln die Widersprüche zwischen den einzelnen Staaten wie

der. Deutschland als stärkste Macht treibt die Stärkung der EG-Institutionen voran, weil es diese als Instrument zur Durchsetzung seiner Interessen nutzen will. Andere Länder, vor allem Großbritannien, sind nicht bereit, sich auf diese Weise in Abhängigkeit von Brüssel und damit von Bonn zu begeben. Wegen der Konflikte blieb bei dieser Frage auch nach Maastricht alles weitgehend beim alten.

Am ehesten einigen kann man sich noch bei der Schaffung einer „Festung Europa“ gegen Flüchtlinge aus Osteur-

ropa und der „3. Welt“. Das Abkommen von Schengen umfaßt inzwischen 8 EG-Länder, die ihre Binnengrenzen bereits 1992 abschaffen wollen. Sie befestigen dafür ihre Außengrenzen stärker und betreiben gemeinsam härtere Maßnahmen gegen Flüchtlinge.

Für ein sozialistisches „Haus Europa“!

Die Jubelstimmung, die von der SPD-Führung im Europa-Wahlkampf 1989 verbreitet wurde („Wir sind Europäer“), erscheint rückblickend noch bläulicher. VORAN warnte damals davor, die Pläne für ein Europa der Konzerne zu unterstützen. Wir als Sozialisten sind nicht gegen die Abschaffung von Grenzen, im Gegenteil. Aber unter kapitalistischen Bedingungen wird jeder Schritt in Richtung europäischer Einheit zu Lasten der Arbeitnehmer gehen. Die begrenzten Schritte zur Überwindung der nationalstaatlichen Grenzen, die in der EG umgesetzt werden, zeigen, daß die Entwicklung der Produktivkräfte im Widerspruch zu den nationalen Grenzen steht.

Aber die Gegensätze werden nicht aufgehoben. Handelskriege und neue Zollschranken zwischen den drei großen Blöcken USA, EG und Japan sind unvermeidlich, aber auch die Spannungen innerhalb der EG werden zunehmen. Letztlich können die widerstrebbenden Interessen sogar zu neuen Kriegen führen. Durch den Zusammenbruch des Stalinismus ist mehr Raum für Konflikte zwischen den kapitalistischen Staaten.

Der einzige Ausweg ist die Schaffung einer neuen, sozialistischen Ordnung in Europa und weltweit. Dazu müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeingefahrum überführt werden. Die Wirtschaft muß von den Arbeitnehmern selbst demokratisch kontrolliert und verwaltet werden. Auf der Grundlage einer international geplanten Wirtschaft können die vorhandenen Möglichkeiten voll genutzt werden, um den Lebensstandard zu heben und die Umwelt zu retten. Die „Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa“ – eine alte Forderung der Arbeiterbewegung – dürfen natürlich nicht an den EG-Grenzen halt machen, sondern müssen auch Ost- und Südosteuropa einschließen.

Wichtig ist, daß die europäischen Arbeiterorganisationen ihre großen Defizite in der internationalen Zusammenarbeit aufholen und gemeinsam gegen die Spaltversuche des Kapitals vorgehen. Dieser Kampf muß mit einem sozialistischen Programm verbunden sein.

Ulf Petersen, Köln
Jungsozialist

USA in tiefer Rezession

Einen Schwäche- und Übelkeitsanfall hat nicht nur den Handelreisenden Bush während seines Japan-Aufenthaltes erfaßt, sondern auch die US-Wirtschaft.

Seit Mitte 1990 bis Frühjahr 1991 schrumpfte das Sozialprodukt von Quartal zu Quartal - eine Rezession. Nach dem Ende des Golfkriegs gab es dann im zweiten und dritten Quartal 1991 wieder eine leichte Erholung, die von Regierung und Wirtschaftsexperten gleich als wiederbeginnender Aufschwung beschworen wurde. Zu voreilig, wie sich inzwischen herausstellte. Denn zum Jahresende zeigten die Wirtschaftsdaten wieder nach unten.

Noch vor einem Jahr war die Populärart von Bush auf dem Höhepunkt. Mit dem blutigen Gemetzel der „Alliierten“ im Golfkrieg hatte man nicht nur den Massen in der exkolonialen Welt gezeigt, „wo es langgeht“. Auch der Zusammenbruch des real existierenden Stalinismus stärkte den Glauben an die angeblichen Wunderkräfte der kapitalistischen Marktwirtschaft.

Doch die zog weiter ihre üblichen Bahnen: Nach dem Aufschwung der 80er Jahre, künstlich verlängert durch Absinken der Rohstoffpreise und enorme Staatsverschuldung, kam der Fall in die Krise.

Längste Rezession seit 60 Jahren?

Sollte das Sozialprodukt im letzten Quartal 1991 wieder rückläufig gewesen sein und sich damit die Rezession fortsetzen (die Zahlen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor), so wäre dies die längste Rezession in den USA seit der Depression in den 30er Jahren. Noch spekulieren die bürgerlichen Experten über die weiteren Konjunkturperspektiven. Doch die meisten erwarten das sogenannte „Double-Dip“, also das „doppelte Eintauchen“ in die Rezession und sehen eine Erholung erst gegen Ende 1992. Auch bei der letzten Wirtschaftskrise Anfang der 80er Jahre hatte es einen ähnlichen Konjunkturverlauf gegeben: Minuswachstum

Realexistierender Kapitalismus

16 Millionen US-Bürger sind ganz oder teilweise arbeitslos. Davon bekommen nur 3,1 Millionen staatliche Hilfen für Arbeitslose. Allein im Monat November 1991 wurden 241.000 Arbeitsplätze vernichtet und weitere 36.000 Entlassungen von großen Firmen wie IBM, McDonnell Douglas und Xerox angekündigt.

Jeder zehnte US-Bürger ist von staatlichen Lebensmitteln abhängig.

Die Realöhne waren 1977 auf ihrem Höhepunkt und sind seitdem stetig gefallen. In den 80ern betrug der Kaufkraftverlust der amerikanischen Arbeiter 7%.

Die Bezahlung von Topmanagern hat sich in den letzten 20 Jahren

1980, leichte Erholung 1981, noch tiefere Abrutschen um -2,1% in die Rezession 1982. Angeblick war das „Ende der Geschichte“ erreicht.

Von Euphorie zu Pessimismus

Noch vor wenigen Monaten gingen Regierung und Wirtschaftskreise in den USA davon aus, man habe eine „weiche Landung“ geschafft, die Rezession sei kurz und nicht so tief gewesen. Doch

Korrektur

zu Nr.137 - Januar 1991, „Belgien nach den Wahlen“:
Der fachistische Vlaams Blok gewann in Flandern nicht 11,5% der Stimmen, sondern der Parlementsitze.

zum Jahresende häuften sich so viele Hiobsbotschaften, daß man in rabenschwarzen Pessimismus verfiel. Mittlerweile spekulieren manche sogar, ob die Gefahr eines Abgleitens der Rezession in eine tiefe Depression bestehe. Der sonst ewig optimistische Notenbank-Chef Greenspan gab düstere Prognosen von sich. Die Regierung sah



In New York demonstrierten 50.000 Bauarbeiter für Arbeitsplätze. Die Arbeitslosigkeit im Baubereich liegt dort bei 50% keinen Sinn mehr darin, die schlechte Wirtschaftslage gesundzubenken und Präsident Bush versucht hektisch, seine Wiederwahl zu sichern, obwohl die Unterstützung für ihn bei Umfragen im Dezember 91 auf 43% gesunken ist.

Die Daten zum Jahreswechsel 91/92 zeigen, daß die Industrie-Produktion weiter stagniert und die Investitionsneigung nicht besonders hoch ist. Der Umfrage-Index zum Konsumentenvertrauen war drastisch gesunken und stand tiefer als während des Golfkriegs

ren vierfach. Sie verdienen 160 mal mehr als ein durchschnittlicher Arbeiter (in Deutschland „nur“ 21, in Japan 16 mal mehr).

Die Zahl der Milliardäre stieg letztes Jahr von 66 auf 71. 1982 gab es gerade mal 13.

Die Mord- und Totschlagrate ist doppelt so hoch wie in Deutschland, vier mal so hoch wie in Britannien und sieben mal so hoch wie in Japan. 1991 wurde mit 24.020 Tötungsdelikten eine neue Rekordhöhe erreicht.

Die Anzahl der Gefängnisinsassen ist die höchste aller entwickelten kapitalistischen Länder. Der Prozentsatz junger Schwarzer ist unter den Häftlingen höher als in den Gefängnissen Südafrikas.

und der Rezession Anfang der 80er Jahre. Die private Konsum-Nachfrage macht 3/4 der Gesamtnachfrage aus. General Motors (GM), der weltgrößte Autokonzern, kündigte den Abbau von 74.000 Jobs und die Schließung von 21 Betrieben in Nordamerika bis 1995 an, das sind 10% der Fabriken und 18% der Belegschaft. GM wird dann 1995 nur noch halb so viele Beschäftigte haben wie 1985. Nicht nur GM, die ganze USA-Automobilindustrie ist mit am stärksten von der Rezession betroffen. Überkapazitäten bestehen in der Computer-Industrie, schwache Nachfrage in der Elektroindustrie. Der Immobilienmarkt ist im Verlauf der letzten 18 Monaten zusammengebrochen, viele Büroläume stehen leer, zahlreiche Banken und Sparkassen gingen in Konkurs. Der Chef der staatlichen Einlagenversicherung FDIC, Taylor, befürchtet für 1992 bis zu 400 weitere Bankenpleiten.

Der aufgeblähte Finanz-Dienstleistungssektor ist dadurch betroffen. Überhaupt werden im Dienstleistungssektor stärkere Einbrüche als in der Industrie erwartet.

Überschuldung

Eines der Hauptprobleme ist natürlich die enorm hohe Verschuldung, mit der die Länge des Booms der 80er Jahre erkaufte wurde. Die USA wurden während der 80er Jahre von der größten Gläubiger zur größten Schuldnerma-

tion der Welt. Die öffentliche Verschuldung beträgt 3000 Milliarden Dollar, allein der Bund zahlt jährlich Zinsen von rund 200 Mrd. Dollar. Hoch verschuldet sind auch viele Unternehmen, nachdem in den 80er Jahren ethische Forderungen und Firmenaufkäufe kreditfinanziert waren. Vielen Privathaushalten steht das Wasser bis zum Hals - kein Wunder, daß die Konsumenten-nachfrage so schwach ist, wovon besonders Einzelhandel und langlebige Konsumgüter betroffen sind. Schon im Dezember 1984 schrieb VORAN:

„Unvorstellbar hohe Fehlbeiträge im Staatshaushalt und im Außenhandel sowie die dazugehörige Rekordverschuldung - das sind die größten Hypotheken, die auf dem z. Zt. noch hochgepreisten US-Aufschwung lasen. Das Vertrauen in die Wirtschaftskraft der USA, das sich in einem scheinbar stabilen Dollar widerspiegelt, ist auf Sand gebaut.“ (Anmerkung der Red.: damals stand der Dollar auf 3,15 DM) „Kein anderes kapitalistisches Land als die USA mit ihrer noch gewaltigen Wirtschaftskraft hätte sich auch nur über kurze Zeit eine so unsolide Politik leisten können.“

Die Wirtschaftspolitik der Reagan-Administration, die damals noch bewundert und sogar mit einer eigenen Wortschöpfung „Reagonomics“ versehen wurde, rächt sich jetzt. Der Boom der 80er Jahre war zwar der längste in der Nachkriegsgeschichte, aber zumind. der zum Teil ein höchst unsolider Aufschwung auf Pump. Die gesamte öffentliche und private Verschuldung stieg von 2 Billionen Dollar 1980 auf 12 Billionen Dollar 1990.

Wirtschaftspolitik im Dilemma

Angesichts dieser grundlegenden Probleme nutzt auch die staatliche Gegensteuerung wenig. 14 mal seit Beginn der Rezession hat die US-Zentralbank die Leitzinsen gesenkt. Der Diskontsatz liegt mit 5,5% auf dem tiefsten Stand seit 1964. Damit soll das Geld für Unternehmen und Konsumenten verbilligt werden; doch für diese stehen zunächst der Abbau von Schulden bzw. Umschuldungen im Vordergrund. Ferner diskutiert der Kongreß über Steuererleichterungen, ebenfalls um Nachfragen anzukurbeln.

der sogenannte „Monetarismus“ mit strikter Geldmengepolitik. Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und Anreize für Unternehmer das Dogma der bürgerlichen Wirtschaftspolitik waren, liebäugelt man nun offenbar wieder mit keynesianistischen (nachtragenderden) Maßnahmen, die bis vor kurzem verpöbt waren. Doch auch damit kommt man aus dem Dilemma nicht heraus. Denn Steuererleichterungen oder sonstige staatliche Konjunkturförderungen, die durch weitere Verschuldung

der sogenannten „Monetarismus“ mit strikter Geldmengepolitik. Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und Anreize für Unternehmer das Dogma der bürgerlichen Wirtschaftspolitik waren, liebäugelt man nun offenbar wieder mit keynesianistischen (nachtragenderden) Maßnahmen, die bis vor kurzem verpöbt waren. Doch auch damit kommt man aus dem Dilemma nicht heraus. Denn Steuererleichterungen oder sonstige staatliche Konjunkturförderungen, die durch weitere Verschuldung

US-Arbeiterbewegung Gewerkschafter suche nach Alternativen

Ein wichtiges Ereignis für die amerikanische Arbeiterbewegung war die Wahl des oppositionellen Mitglieds Ron Carey in die Führung der Kraftfahrzeuggewerkschaft (Teamsters Union), die mit 1,55 Millionen Mitgliedern die größte Gewerkschaft im Privatsektor und wahrscheinlich die stärkste Gewerkschaft im Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO ist. Unterstützer von Ron Carey haben nicht nur den Vorsitz, sondern auch 16 von 19 Vorstandspätzen gewonnen und damit der ethnischen alten Führung eine schwere Niederlage verpasst.

Grundlage war eine Kampagne an der Basis gegen Korruption und die Politik der Zugeständnisse an die Unternehmer, die den Teamsters seit 1978 750.000 Mitglieder gekostet hatte, während die Profite der Speditionsfirmen explodierten. Carey wurde auch von der Oppositionsgruppe „Teamsters für eine demokratische Gewerkschaft“ unterstützt. Trotz des begrenzten Programms von Carey ist diese Wahl ein Fortschritt und eine Ermutigung für alle Aktivisten.

finanziert wird, verschärft nur das Bild der grundlegenden Übers

Weltwirtschaft

Wenn die US-Wirtschaft in der Rezession verharrt, dann dürfte die wirtschaftliche Auswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft haben. Dennoch noch ist die amerikanische Wirtschaft die größte der Welt und trägt Drittel zum weltweiten Sozialprodukt. Fast alle Wachstumsprognosen der entwickelten Industrieländer 1992 basieren auf der Annahme Erholung der US-Wirtschaft. Selbst unter dieser Voraussetzung werden die Schätzungen für viele Länder den Tiefstand des auslautenden

den Tiefstand des auslautenden

demnach etwas leiser ertönen.
Angela Bankert, Köln
SPD-Mitglied

Auch in der Vereinigten Arbeitergewerkschaft (UAW) tritt erstmals seit 40 Jahren eine Oppositionsbewegung der Basis („New Ions“) mit einem Gegenkandidaten gegen den alten Vorsitzenden Bleib Vor dem Hintergrund des Arbeitsabbaus bei General Motors kam „New Directions“ einiges an Unterstützung bekommen und so der Unzufriedenheit mit der Führung und Politik der Kompromisse Ausverleihen.

Diese Oppositionsbewegungen der Gewerkschaften und die steigende Unterstützung für die Gründung unabhängigen Arbeiterpartei (Party) als Alternative zu den Kapitalpartei als Alternative und Reformparteien Demokraten und Reformern zeigen die wachsende Bereitschaft der Gewerkschaftsbasis und die Suche nach einer Alternative für den Kampf gegen das „Bourgeois“.

(Nach einem Kommentar von Militant, US-amerikanische Schwedische Zeitung von VORAN, Ausgabe ar/Februar 1992)



Südkorea - Vermutet und mit Stöcken bewaffnet erwarten diese Streikkräften vor dem Autowerk Hyundai einen Polizeiangriff. 10.000 Arbeiter streik dort im Januar für höhere Löhne.

GUS/ehemalige Sowjetunion

Droht ein neuer Putsch?

Silvester 1991 haben die knallenden Sektorken nicht nur das alte Jahr verabschiedet, sondern eine ganze Epoche: das Ende der Sowjetunion. An die Stelle der alten Sowjetunion trat eine neue „Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)“.

Das neue Jahr begann in Rußland und in den Staaten der neuen Gemeinschaft mit Preissteigerungen von 300 Prozent und mehr. Bereits vor der Preissteigerung lebten 60 Prozent der Moskauer Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze.

Die Menschen, die um Neujahr zwei bis drei Stunden in der Schlange standen, stritten darüber, ob sie jetzt besser erschießen oder erhängen lassen sollten. Am ersten Wochenende nach den Preissteigerungen gab es in allen großen Städten Protestkundgebungen. In Moskau wurden Spezialtruppen der Polizei eingesetzt, um die Unruhen vor den Geschäften zu kontrollieren.

Im letzten Jahr kann das Land nur deshalb durch den Winter, weil Frost und Kälte ausnahmsweise ausgeblieben waren. Dieser Winter soll dagegen besonders kalt werden. Außerdem wurden nur 157 Mio. Tonnen Getreide geerntet, 62 Mio. Tonnen weniger als 1990. Ein Drittel der ehemaligen sowjetischen Krankenhäuser stand im letzten Monat ohne Medikamente da. In einigen Orten werden Blindarmoperationen

Georg Krupp, Vorstandmitglied der Deutschen Bank, hat vor einem Jahr den Drei-Milliarden-Kredit Bonus zur Verbesserung der Versorgungslage in der Sowjetunion ausgehandelt. Krupp im Dezember 1991 zur aktuellen Lage: „Das Verteilungssystem, vorher schon schlecht, dritte in Kurze vollends zusammenbrechen. Die Monatsinflation liegt derzeit bei 70 Prozent, aufs Jahr 1991 gerechnet sogar 300 Prozent. Die Nobelpresse wird offenbar nur deshalb nicht stärker in Gang gesetzt, weil das Papier dazu fehlt. In Kurze dürfte das Sozialprodukt der gesamten Ex-UDSSR bei 600 Milliarden Dollar liegen. Das ist der Wert von Kanada für die zehnmal so große Sowjetunion. Große soziale Unruhen und Anarchie sind nicht länger auszuschließen.“ Kein Wunder, daß der Banker davon abtrat, Rußland und den anderen Republiken weitere Kredite zu geben.

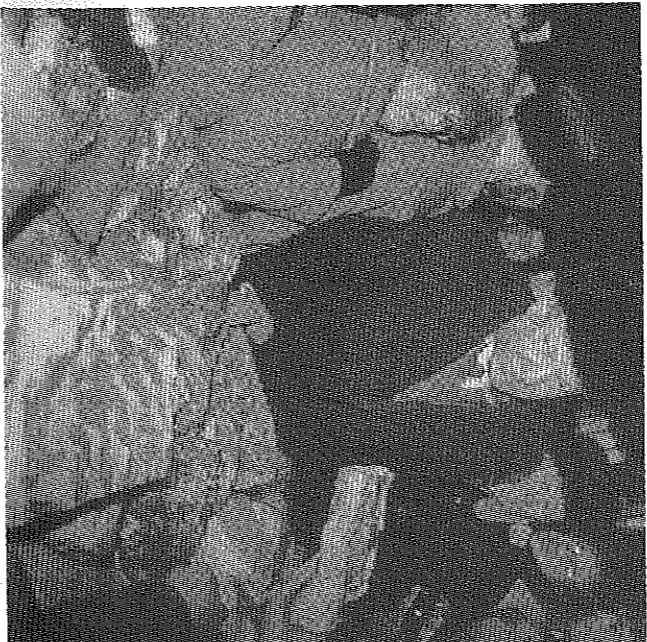
1991 wurde das „Freiheitsjahr“ 1984-54.000 Selbstmorde - deutlich übertrafen. Die „Pravda“ zählte 3200 gewaltsame Todesfälle allein im Gebiet von Wladiwostok, jeder fünfte war ein Selbstmord. Die fünf asiatischen Republiken bauen auf ihren Baumwollflächen vor allem Rauschgift an. Südamerika haben sie schon überholt. Moha gedeiht halt sehr gut auf Baumwollfeldern.

Siegesszug des Kapitalismus?

Der niedergeschlagene Putschversuch im August 1991 hat die Bestrebungen nach nationaler Unabhängigkeit gestärkt und das Tempo in Richtung Kapitalismus beschleunigt, allen voran Jelzin in Rußland. Das russische Privatisierungskonzept begann mit der Preisfreigabe am 2. Januar. Der nächste entscheidende Schritt soll im 2. Halbjahr vollzogen werden. Während das staatliche Außenhandelsmonopol und der zentrale Plan längst aufgehoben wurden, sind Privatisierungen weitgehend ausgeblieben. Ab Sommer sollen jetzt 70% der Leichtindustrie, 70% der Bauindustrie und 60% der

Nahrungsmittelunternehmen in Rußland unter den Hammer kommen. In diesem Programm sind jedoch alle Konzerne mit mehr als 10.000 Beschäftigten ausklammert worden. Außerdem gibt es noch keine Klarheit, wann die großen Unternehmen der Schwerindustrie privatisiert werden sollen.

Es ist völlig offen, ob das Privatisierungskonzept greift. In Polen und Ungarn wurde das Programm bereits vor Jahren gestartet, trotzdem sind noch mehr als 80 Prozent der Industrie in staatlicher Hand. Der bekannteste Manager Rußlands, Botscharow („bestes sowjetischer Manager 1989“), hält von Jelzins Reformprogramm überhaupt nichts. „Die Leute, die heute Boris Nikolajewitsch umgeben, sind weder zur Politik noch zur Wirtschaft fähig.“ Und weiter: „Nach meinen Vorstellungen kann man die Handlungssphäre von Betrieben innerhalb der alten Unionsgrenzen nicht eingrenzen. In einer Marktwirtschaft ist es egal, ob das Unternehmen in Moldawa oder in Rußland arbeitet.“ Das gilt erst recht für die Republiken der Sowjetunion. Alle Republiken sind voneinander abhängig. Weisrufänder hat große Traktorenfabriken, Rußland Rotorfabriken, Aserbeidschan das Monopol auf Öffendungsanlagen. Die Arbeitsteilung und Spezialisierung gehörte zu den größten Errungenschaften der Planwirtschaft, trotz bürokratischer Fesseln. Die Perspektive von Botscharow: „...der völlige Zusammenbruch der Wirtschaft innerhalb der nächsten zwei, drei Monate. Es kommt zu Streiks und dann zum ganz großen Krach.“ (Stuttgarter Nachrichten vom 5.11.91)



Boris Jelzin nahm die Wut über die Horrorpreise mit Humor: „Ihr könnt mich ja in Scheiben schneiden, aber das hält auch nicht lange vor.“

Neuer Marshall-Plan?

Im Dezember 1991 hat die Uno vor einem möglichen Kollaps der ehemaligen Ostblockstaaten gewarnt. Um wirtschaftliche Depression und soziale Unruhen abzuwenden, forderte die UNO-Wirtschaftskommission einen neuen Marshall-Plan westlicher Hilfen: „Die mangelnde Bereitschaft westlicher Länder zu einem raschen Abbau ihrer Handelsbarrieren gegen Waren aus dem Osten steht in krassm Gegensatz zu ihren Empfehlungen an die Reformstaaten, ihre Wirtschaft so schnell wie möglich zu liberalisieren.“

Mit dem Ende der UdSSR endete auch die Ära Gorbatschow. Um seine Rente braucht sich Michail Sergejewitsch keine Sorgen zu machen: Rußland bezahlte ihm 20 Angestellte und im Monat 4000 Rubel. Die Durchschnittsrente liegt bei 200 Rubel.

Die Unternehmer geben die Verantwortung an die bürokratischen Politiker weiter. So G. Rüschen, Chef von Nestlé: „Wenn der Aufsicht der Öffentlichkeit die Politik wahrheitsförmig ist, es vielleicht schon zu spät.“ Doch bei einem US-Haushaltsdefizit von 400 Milliarden Dollar wird Bush keinen Marshall-Plan durchführen, erst recht nicht in einem Wahljahr. Auch die BRD hat mit den „Kosten der deutschen Einheit“ genug zu tun. Westliche Finanzspritzen sind unwahrscheinlich genug, noch un-

wahrscheinlicher sind Investoren. Krupp, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, dazu: „Im Kontakt mit sowjetischen Staaten wird es noch lange bei der Tauschwirtschaft bleiben: Energie gegen Maschinen.“

Bei der Fußball-Europameisterschaft im Sommer in Schweden stellt die GUS ein eigenes Team - falls es sie bis dahin noch gibt. Die neue Gemeinschaft umfasst nur 11 der 15 Sowjetrepubliken - Georgien und die baltischen Republiken haben die Mitgliedschaft abgelehnt. Den neuen Staatenbund dominiert Rußland, das mehr als die Hälfte der Bevölkerung der alten UdSSR zählt.

Mehrere Mitgliedsländer haben bereits eine eigene Währung, eigene Zölle und eine eigene Armee geplant, allen voran die Ukraine. Mit 53 Mio. Menschen und im Besitz der Kornkammer der alten UdSSR ist die Ukraine der zweitgrößte Riese nach Rußland. Der Konflikt zwischen Jelzin und Krawtschuk, dem Präsidenten der Ukraine, spitzte sich in den Fragen Schwarzmeerflotte und Atomwaffen zu. Rußland kontrolliert 70-80% davon und will zur alleinigen Atommacht werden.

Neben Streitigkeiten zwischen den Staaten taten sich in den letzten Monaten auch neue Gräben innerhalb der verschiedenen Staaten auf. So gehören 16 von 20 autonomen Republiken zu Rußland. Schon mal von den Tschetschenen und Inguschen in Südrußland gehört? Im Spätherbst 1991 blockierten nationalistische Tschetschenen Straßen und Flughäfen. 50.000 Menschen protestierten in der Hauptstadt gegen Jelzin. Im Kaukasus, vor allem in den Regionen von Berg-Karabach und Georgien, und in Zentralasien (Hochburg des islamischen Fundamentalismus) drohen jahrelange Bürgerkriege.

Neuer Putsch?

Seit Dezember kursieren zwei Gerüchte im ganzen Land: „Entweder ein neuer Putsch oder ein Aufstand“ (Scheiwandnase). Der neue CIA-Chef, Robert Gates, erwartet „die größten zivilen Unruhen seit der bolschewistischen Revolution 1917. Die Situation ist gefährlich unbeständig.“ Das ist etwas dick aufgetragen, wohl um neue Sondervollmachten für Jelzin und die Verschiebung von Wahlen zu rechtfertigen. Ob Putsch oder Unruhen - beides hätte das gleiche Ziel: den Sturz Jelzins. Seit Gorbatschow im Ruhestand ist, kann sich Jelzin hinter niemandem mehr verstecken. Rücktrittsgesuche häufen sich. Als Ryschokow, damals sowjetischer Ministerpräsident, vor genau einem Jahr ebenfalls Preissteigerungen durchsetzen wollte, mußte er gehen. Jelzin sieht sich nicht nur im Konflikt mit den anderen Republikführern - allen voran Krawtschuk, Präsident

der Ukraine. Auch die Opposition in den eigenen Reihen wächst. Sein eigener russischer Vize-Premier Rutskoi, ehemals „Kommunist“ und General, hat sich offen von Jelzin distanziert - zuletzt auf seiner Sibirien-Reise. Wie die ganze herrschende Schicht steht auch Rutskoi für marktwirtschaftliche Maßnahmen - allerdings tritt er gegen die Preissteigerungen und gegen unkontrollierten freien Handel auf und repräsentiert damit den Fißel der Bürokratie, der einen langsameren Weg zur kapitalistischen Restauration befürwortet. Schwarzmarkt, Chaos und Existenzangst haben dazu geführt, daß diese Richtung Unterstützung bei einem Teil der arbeitenden Bevölkerung findet. Ein kalter Machtwechsel oder ein neuer offener Putsch ist in den nächsten Monaten möglich. Entscheidend ist die Rolle der Armee. Dort wächst allmählich die Angst vor Entlassung und Arbeitslosigkeit. Dazu kommen die Probleme, die die in Osteuropa stationierten Streitkräfte bei ihrer Rückkehr mitbringen. 190.000 Offiziere sind bereits auf Wohnungssuche. Ein neuer Putsch hätte nichts mit dem mißglückten Versuch vom August gemeinsam. Darnach steckte die alte Garde dahinter, die einmal den ganzen Staatsapparat, Gehirnpolizei und Armee, beherrschte. An ihre Stelle ist im letzten halben Jahr eine andere Schicht von Bürokraten getreten: jüngere Offiziere, Gegner des gescheiterten Putsches, Vertreter der Perestrojka.

Fünf Jahre marktwirtschaftliche Reformen unter Gorbatschow und ein Monat freie Preise unter Jelzin haben die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse nicht verbessert. Der Konflikt zwischen Krawtschuk und Krawtschuk - erst recht im wirtschaftlichen Abschwung auf Weltenebene - hat den arbeitenden Menschen in der Ex-UdSSR nichts zu bieten als niedrige Löhne, teure Preise und Arbeitslosigkeit. Vom Westen ist nichts zu erwarten: Die Weltbank ist kein Wohltätigkeitsverein, Bush und Kohl sind keine barmherzigen Samariter.

Jelzin scheint von freien Wahlen und demokratischen Rechten auch nur so lange etwas zu halten, wie er mit Mehlreihen rechnen kann. Als er die Preissteigerungen durchführte, setzte er in ganz Moskau Sondereinheiten der Polizei ein. Als im Nordkaukasus Unabhängigkeitsforderungen laut wurden, verhängte Jelzin den Ausnahmezustand: Streikverbot und Sperrstunde.

Ausweglose Katastrophe?

Die Bedrohungen für die arbeitende Bevölkerung scheinen übermächtig:

Proteste gegen Jelzin in Moskau Bericht von einem Korrespondenten

Ca. 50.000 waren auf der Moskauer Demo und es war furchtbar eisig. Für eine Anti-Jelzin-Demo war das eine historische Anzahl. Auf der Demonstration war ein wirkliches Mischmasch von Leuten. Es gab dort Rassisten, Nationalisten und Stalinisten. Aber es waren auch viele normale Leute da und wir verkauften 860 Exemplare unserer Zeitung *Rabochaja Demokratija* (Arbeiterdemokratie). Ein junger Genosse verkaufte 240 Stück.

Es gab einige interessante Transparenzen - eines von ihnen lautete „Unter dem Kommunismus waren Brot und Kartoffeln gratis“. Eine andere Frau trug ein farbiges kleines Banner - „Alle Macht den Sowjets“. Die anderen waren hauptsächlich nur gegen Jelzin. Ein

Nationalistische Spaltung und Bürgerkriege nach jugoslawischem Muster, militärische und politische Unterdrückung der Rechte nationaler Minderheiten und demokratischer Rechte - und natürlich der wirtschaftliche Verfall. Wenn die Herrschenden der „unabhängigen Staaten“ die Karte des Nationalismus ausspielen, ist das aber immer auch ein Spiel mit dem Feuer und kann zu Gegenreaktionen der arbeitenden Bevölkerung führen. In Jugoslawien haben wir gesehen, wie die Barbarei des Bürgerkrieges zu Kriegsunfähigkeit und -verweigerung in der Bevölkerung geführt hat.

Bergarbeiter in Workuta streikten gegen die Preissteigerungen. Einer der Bergarbeiterführer sagte: „Wir waren mit die ersten, die für Jelzin beim Putsch im August gestreikt haben. Jetzt sind wir unter den ersten, die gegen ihn streiken.“

Einen wirklichen Ausweg aus Chaos und Zerfall kann es aber nur geben, wenn die 150 Millionen starke Arbeiterklasse der ehemaligen Sowjetunion ihre Erfahrungen bewußt verarbeitet und erkannt, daß nicht der Sozialismus, sondern der Stalinismus in der Sowjetunion versagt hat. Das Übel war nicht die Planwirtschaft und das Staats Eigentum, sondern die Tatsache, daß die Arbeiter nichts zu sagen hatten und nur die Interessen der herrschenden Bürokratie zählten.

Um den gemeinsamen Kampf gegen die alten Bürokraten und neuen Kapitalisten zu führen, werden unabhängige Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften und eine Arbeiterpartei) gebraucht. Diese brauchen ein Programm für die Verteidigung der Rechte der nationalen Minderheiten und des Rechtes der Nationalitäten auf Selbstbestimmung, aber auch gegen Nationalismus und für die Einheit aller Arbeiter. Ihr Ziel muß die Ergründung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und der Aufbau einer demokratisch geplanten Wirtschaft über alle Ländergrenzen hinweg sein. Eine solche sozialistische Arbeiterdemokratie könnte die Grundlage für einen neuen, freiwilligen Zusammenschluß wirklich sozialistischer Staaten sein.

Avon Arny, Stuttgart
Jungsozialist

Broschüre zum Stalinismus

36 Seiten
Format A5
3,- DM
NEU

Bestellungen an die Redaktion.

Mann wurde verprügelt, weil er eine pro-Jelzin Plakate hochgehalten hatte. Einige der Slogans, die die Organisatoren der Demo benutzten, schienen von unserer Zeitung zu stammen. Ein der Hauptparolen war „Neuwahl der Sowjets (Räte) auf allen Ebenen“. Sie haben auch die Idee aufgebracht, daß Arbeiterkomitees die Unternehmen übernehmen sollen.

Die Demonstrationen waren hauptsächlich alle Leute, aber es gab dort einige junge Leute. Sie trafen am Ende „Sowjetunion, Sowjetunion“. Die Preise sind jetzt wahrheitsgemäß. Es gibt Berichte über einen Streik, der sich im Kusbas-Becken entwickelt, wo in einem Bergwerk die Arbeit niedergelegt wurde.

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Ergebnisse, und und und

Liebe Redaktion!
Eure Schlagzeile für unseren Artikel in VORAN Nr. 137 - „Hamburg: SPD-Basis stoppt Dätern-Coup“ ist zwar eine schöne Vorstellung, entspricht aber leider nicht der Wahrheit. Wir hätten es auch lieber gehabt, dann wäre der Schaden für die SPD in Hamburg in Grenzen gehalten worden. Stattdessen haben Landesvorstand und vor allem die Parteileiter selbst den Unmut an der Basis ignoriert. Nur ein SPD-Abgeord-

neter - Jan Klarman aus Altona-Bahrenfeld - protestierte von Anfang an. Im Juli, als über die massive Dätenerhöhung diskutiert wurde, verließ er den Saal. Bei der späteren Abstimmung war er als einziger SPD-Abgeordneter dagegen. Sein Kommentar: „Wir können nicht ständig im Sozialen einsparen und dann für uns eine rückwirkende Altersversorgung einführen.“
Der Landesparteitag stimmte der Dätenerhöhung zu und handelte schnit-

gegen die Stimmung in der Parteimitgliedschaft. Der Druck der „Beispiel-tiker“ und der verständliche Wunsch, der Partei und Landesregierung nicht zu schaden, wog mehr als der Instinkt des Basismitgliedes. Um so schlimmer für die SPD: Über 600 ausgestreute Mitglieder und eine aufgetragene Wähler-schaft haben einen Sieg der „Großen Dätenerhöhung“ verhindert ... mit Basisdemokratie oder Kontrolle von unten ist das nicht gleichzusetzen. Dieses Debakel drückt aus, wie weit entfernt unsere Abgeordneten von den Problemen und Bedürfnissen ihrer WählerInnen sind.
Susan Powell, SPD-Mitglied Hamburg-Altona

Freiheit für Mahmoud Masarwa

Mahmoud Masarwa, ein palästina-sischer Sozialist, der aufgrund falscher Beschuldigungen der israelischen Behörden zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde, hat kürzlich einen Antrag gegen seine schlechten Haftbedingungen gestellt.

Er ist in einer winzigen Zelle zusammen mit einem russischen Gefangenen, mit dem er sich nicht unterhalten konnte. Mahmoud darf während der Hof-gänge nicht mit anderen Gefangenen sprechen, keine Bücher empfangen und keine Briefe schreiben (trotz einer früheren gerichtlichen Erlaubnis). Seine Post bekommt er selten ausgetauscht. Im Unterschied zu anderen Langzeit-gefangenen ist es ihm verboten, seine Familie anzurufen oder sie kurz zu besuchen.
Mahmoud beantragte Familienbe-



suchte und -telefonate. Der Richter lehnte dies ab und weigerte sich auch, einen früheren Gerichtsspruch anzun-

erkennen. Die Forderungen wurden auf der Grundlage der Aussagen eines Geheimagenten in einer „geschlossenen Sitzung“ zurückgewiesen. Sogar das Angebot des Anwalts von Mahmoud, daß die Familientelefonate abgehört werden dürfen, änderte nichts.
Die arrogante und unmensliche Behandlung durch den israelischen Staat zeigt, daß sie seinen Willen brechen wollen. Dies ist ihnen jedoch nicht gelungen. Aber es ist lebenswichtig, einen gleichbleibenden Fluß von Briefen an Mahmoud aufrechtzuerhalten, um ihm zu zeigen, daß Sozialisten weltweit ihn unterstützen.
Schickt dringend Briefe an:
Mahmoud Masarwa, Prison No. 0018, 342 3, Ashmoraat Prison, PO Box 86, Netanya, Israel 42100.

ih'r da oben

Zurück in die 60er?

Der sogenannte „Bund Freiheit der Wissenschaft“ fordert in einer Studie Studiengebühren und Hörgelder für Studenten, um sie „zu einem verantwortungsbewußten Studium anzuhalten“.

Die Organisation erinnerte daran, daß noch Anfang der 60er Jahre jeder Student zwischen 200 und 250 Mark pro Semester an Eigenleistung zum Studium habe aufbringen müssen. Nach heutigen Preisen wären das zwischen 800 und 1000 Mark.

Ein Volk von Aktionären?

Breitgestreuter Aktienbesitz wurde oft als Mittel zur gerechteren Verteilung von Reichtum gepriesen, nach dem Motto: „Jeder Arbeiter soll gleichzeitig auch Aktionär und damit Unternehmer sein.“

Die Realitäten sehen natürlich anders aus, Aktienbesitz konzentriert sich bei wenigen Großaktionären und Banken. Und der Anteil privater

Haushalte am gesamten Aktienbesitz ist seit Anfang der 70er Jahre von 28% auf 17% zurückgegangen. Der Aktienanteil am privaten Geldvermögen ist von 22% 1960 auf 5,5% im Jahr 1990 gesunken. Von den 62 Millionen Westdeutschen sind nur 3,5 Millionen Aktionäre. Allerdings ist davon noch jeder dritte Aktienbesitzer. Belegschaftsaktionär und damit durch Vorzugskurse zum Kauf motiviert (faz 4.1.92).

Alte Socken

Zu den Spekulationen über eine mögliche Regierungsumbildung meinte der russische Präsident Boris Jelzin: „Eine Regierung ist nicht ein Paar Socken, das man einfach wegwerfen kann. Und außerdem werfen die Leute keine Socken mehr weg.“
Klingt einleuchtend. Aber würden nicht inzwischen viele Russen Jelzins Regierung gerne gegen ein Paar warme Socken eintauschen?

Folter und Mord im Export

In den vergangenen 10 Jahren haben britische Firmen einen regen Handel u.a. mit Fußfesseln, Galgen und elektronischen Folterkammern betrieben, wie kürzlich Amnesty International berichtete. Abnehmer waren vor allem Regimes in der Dritten



Welt. So gingen Galgen der Firma J.M.K. Lahn - Firmennotto „Wir bauen für Menschen“ - an den Scheich von Abu Dhabi, Thiangas nach Chile und Fußfesseln nach Südafrika.
Die konservative Regierung dazu: „Die Herstellung von Hinrichtungsgesäten ist im Vereinigten Königreich legal, und ihr Export unterliegt keinerlei Kontrollen.“

Renaissance für den Adel?

Friedrich-Ernst Prinz von Sachsen-Meiningen gehört zur Adelsfamilie der „Ernestiner“, die bis 1918 das Herzogtum Sachsen-Meiningen regiert haben und ist nach der Wiedervereinigung in seine Heimat zurückgekehrt. Herzog von Sachsen-Meiningen wäre er auch gerne wieder, wie er in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ verlauten ließ: „...aber bitte ohne Parlament. Ich würde das Land wie eine AG leiten, nur mit besten Fachleuten. In der ehemaligen DDR hemmt die neue er-wachte Demokratie die Entwicklung, statt sie zu fördern...“

... wir hier unten



gegen die Stimmung in der Parteimitgliedschaft. Der Druck der „Beispiel-tiker“ und der verständliche Wunsch, der Partei und Landesregierung nicht zu schaden, wog mehr als der Instinkt des Basismitgliedes. Um so schlimmer für die SPD: Über 600 ausgestreute Mitglieder und eine aufgetragene Wähler-schaft haben einen Sieg der „Großen Dätenerhöhung“ verhindert ... mit Basisdemokratie oder Kontrolle von unten ist das nicht gleichzusetzen. Dieses Debakel drückt aus, wie weit entfernt unsere Abgeordneten von den Problemen und Bedürfnissen ihrer WählerInnen sind.
Susan Powell, SPD-Mitglied Hamburg-Altona

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name _____

Anschrift _____

Telefon _____

Bitte einsenden an: VORAN, Hansarstr. 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21 / 13 45 04

Jetzt schnell bestellen

Bestellungen bitte gegen Vorkasse zuzüglich 2,- DM Porto und Verpackung an die Redaktion (kann in Briefmarken beigelegt werden).

Lenins Kampf gegen den Stalinismus

Internationalismus gegen Imperialismus

Marxistische Hefte Nr. 2

Bedruckte T-Shirts

Letzte Briefe und Aufzeichnungen Lenins. Die Einleitung von Alan Woods zeigt, wie die Wur-zeln der Stalinisierung für Lenin erkennbar wurden und wie er dagegen zu kämpfen begann.
Format A5, 40 Seiten, 3,- DM.

Die deutsche Wiederbewaffnung nach dem 2. Weltkrieg wird aus der Sicht britischer Sozialisten analysiert. Die Diskussionen um die Rolle der Bundeswehr nach-chen diese Broschüre sehr aktuell.
Format A5, 28 Seiten, 2,50 DM

Themen: Jugoslawien, PDS (PCD) in Italien, KP Australien, Sowjet-union, Trotzki-Rede zu Volkfront Frankreich 1936.
Format A4, 28 Seiten, 3,50 DM

„Gebt Nazis keine Chance“ oder „Rosa Luxemburg“, in M, L oder XL, 15,- DM (+ 4,- Versand-kosten bei Einzelbestellung)

Kampffonds Kapitalismus bedeutet Krie

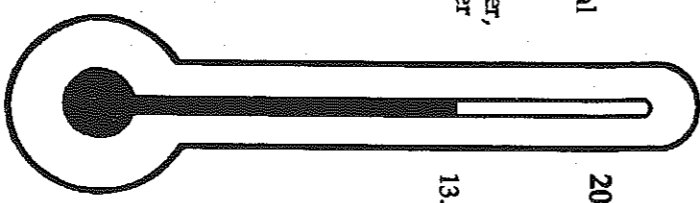
Vor einem Jahr wurde der Golfkrieg beendet. In den Medien wurde er als sauberer hochtechnischer Feldzug für die Demokratie ohne große Opfer für die Bevölkerung dargestellt. Jedoch wurde verschwiegen, daß es sich lediglich um eine besonders exakt ausgeführte Vernichtung irakischer Soldaten und der gesamten Wirtschaft handelte. Mindestens 120.000 Soldaten starben im Bombenhagel oder wurden im Wü-stensand lebendig begraben. Die meisten Opfer starben jedoch nach dem Krieg und starben noch immer. Im gesamten Land wurden gezielt moderne Fabriken, Kraftwerke, Straßen und Brücken etc. zerstört. Als Folge davon breiten sich jetzt Hunger und Seuchen aus. Die Kindersterblichkeit ist um fast 400% angestiegen. Mit ca. 200.000 Kindern, die an den Kriegsfolgen zugrunde gegangen sind, hat dieser Krieg mehr Kindern als Soldaten das Leben gekostet. Wegen dem immernoch bestehenden Wirtschaftsenbargo wird sich die Lage weiter verschlechtern. Und die Demokratie? Sowohl im Irak wie in Kuwait ist davon nichts zu spüren - nur die wirtschaftlichen Interessen der USA und ihrer Verbündeten sind befriedigt. Und mit der Aufrichtung Syriens und der Türkei als regionale „Ordnungsmächte“ für den Westen werden bereits die nächsten Kriege vorbereitet. Rosa Luxemburgs Satz, „Kapitalismus bedeutet Krieg“, trifft heute noch genauso zu.

VORAN-Unterstützer treten gegen die Kriege im Interesse der Großkna-zerne ein. Leider gibt es dafür nicht mal so eben die Milliarden aus der Staats-kasse - deshalb sind wir auf Deine Spenden oder Sammelaktivitäten zugunsten unseres Kampffonds angewiesen.

Aachener VORAN-Unterstützer er-zielen 154 DM zugunsten des KF über Zeitungsüberschüsse und 120 DM durch Button- oder Broschürenverkauf.

Stand: 27.1.1992

Spendenkonto:
VORAN, Postgiraamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430



Ziel 20.000

4. Quartal 1991 Oktober, November, Dezember 13.710,-

Ich möchte **VORAN** abonnieren, 10 Ausgaben zu 18,- DM

zusätzlich _____ Exemplare von jeder Ausgabe zum Weiterverkaufen (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo zu DM _____ beziehen (ab 30,- DM)

NEU: ein VORAN-„Schnupperabo“, 3 Ausgaben zu 5,- DM

Name, Anschrift, Telefon _____

Bitte Summe auf Spendenkonto überweisen (siehe oben). Absos werden nicht automatisch verlängert.



ÖTV-Tarifrunde Gegen Lohnopfer und faule Kompromisse

9,5% mehr Lohn und Gehalt, 550 DM mehr Urlaubsgeld und Erhöhung der Azubivergütung um 300 DM: Kaum war diese Forderung der ÖTV auf dem Tisch, drehten Bundesbank, Wirtschaftsforschungsinstitute, Unternehmensverbände, Bundeswirtschaftsministerium sowie die Spitzen der Länder und Kommunen ihre Heulsirenen einige Stufen höher.

Ausgerechnet diejenigen, die sich ihre eigenen Einkommen in den letzten Jahren kräftig erhöht haben, fordern von den Hauptverlierern des Aufschwungs einen weiteren tarifpolitischen Opfergang. Und daß die Arbeiter Angestellten, kleinen und mittleren Beamten zu den Verlierern gehören, steht außer Frage. In den 80er Jahren sind die Realinkommen für die Masse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zurückgegangen. In der Tarifrunde 1988 wurden die Staatsbeschäftigten auf einen 3-jährigen Tarifvertrag festgelegt, der nicht mal die Inflationsrate ausglich.

So lagen 1989 die durchschnittlichen Reallohne im öffentlichen Dienst um 4,9% unter dem Stand von 1980, und der Einkommensabstand zwischen den Durchschnittseinkommen im verarbeitenden Gewerbe und im öf-

öffentlichen Dienst und der Industrie ist nicht nur beim Lohn größer geworden, sondern auch bei der Arbeitszeit und beim Urlaubslohn. Die wöchentliche Arbeitszeit im öffentlichen Dienst ist 1 1/2 Stunden höher als in der Metallindustrie. Der Abstand wird sich nächstes Jahr noch weiter erhöhen. Dann gilt in der Metallindustrie die 36-Stunden-Woche und im öffentlichen Dienst noch immer die 38,5-Stunden-Woche. Die ÖTV-Führung hat leider bewußt darauf verzichtet, den Mantelarbeitvertrag, der die Wochenarbeitszeit regelt, für die Tarifrunde zu kündigen.

Während in der Metallindustrie längst für alle der 30-Tage-Urlaub und 50% Urlaubsgeld tarifvertraglich abgesichert sind, gibt es im öffentlichen Dienst erst 26 Tage Grundurlaub, 20% der Beschäftigten erhalten nur 300 Mark Urlaubslohn. Die anderen 80% bringen es auch nur auf 450 Mark.

Noch immer gibt es zwischen Ost und West ein großes Lohngefälle im öffentlichen Dienst. Die Beschäftigten im Osten erhalten nur 60% ihrer Kollegen im Westen. Auch daran will die ÖTV-Führung nicht rütteln, obwohl die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit von zentraler Bedeutung für den gemeinsamen Kampf von Arbeitnehmern in Ost und West gegen die Spaltungsversuche der Unternehmer ist.

Lohnopfer lohnen nicht

Aber wie man sieht, hat die ganze Lohnzurückhaltung im öffentlichen Dienst nichts anderes als immer unverschämtere Angriffe und Maßnahmendungen von oben gebracht. Trotz Lohnzurückhaltung wurde den Arbeitern, Angestellten und Beamten genauso wie allen anderen Arbeitnehmern durch Steuererhöhungen und höhere Sozialabgaben mehr Geld aus der Tasche gezogen.

Die 60%-Beschränkung der Löhne im Osten hat nicht verhindert, daß die ÖTV jetzt in der Tarifrunde für die Schaffung von weiteren finanziellen Spielräumen für den Aufbau im Osten verantwortlich gemacht wird. Die Kohltische Umverteilungspolitik, ihre Steuererhöhungen und die Umverteilungspolitik an die Milliardäre, die sie den Arbeitnehmern für ihre spärlichen Investitionen im Osten zuschießen, haben die Staatskassen geplündert. Und folglich steht aus ihrer Sicht eine neue Runde in der Umverteilungspolitik an.

Die Lohnrunde im öffentlichen Dienst soll der Auftakt für 1992 sein. Weitere Steuererhöhungspläne liegen in der Schublade und werden wohl spätestens nach der diesjährigen Tarifrunde hervorgeholt. Von einer CDU/FDP-Bundesregierung ist auch nichts anderes zu erwarten. Sie verteidigt das Klasseninteresse der Kapitalisten.

SPD muß ÖTV unterstützen

Daß die SPD-geführten Länder und Kommunen nichts anderes zu bieten haben, als die Umverteilungspolitik der Kohl-Regierung nutzuberheben, kann nicht hingegenommen werden. Teilweise bekommt man den Eindruck, daß SPD-Politiker FDP und CDU noch überbie-

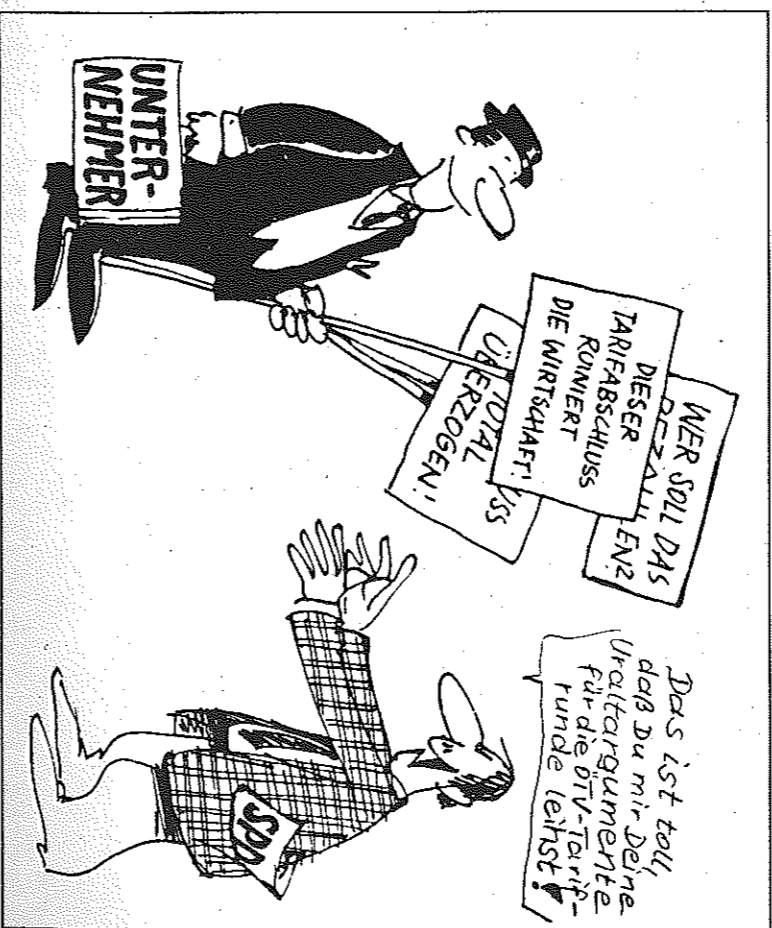
ten wollen, wenn es darum geht, Front gegen die Tarifforderungen der ÖTV zu machen.

Heide Simonis, Finanzministerin von Schleswig-Holstein und Vertreterin der Länder auf der Arbeitgeberbank, ist mit der Behauptung in die Öffentlichkeit gegangen, es könne nur eine 3 vor dem Komma stehen. Damit hat sie Möllemann & Co. noch unterboten. Was sollen die Millionen von unterbezahlten Frauen im öffentlichen Dienst von dieser Frauenpolitik halten?

wurden die Mittelkürzungen für Länder und Kommunen hingenommen, anstatt einen Zahlungsboykott gegen Bonn zu organisieren, mit der Forderung, die nicht investierten Gewinne der Unternehmer und Banken für Investitionen in Ost und West heranzuziehen?

Der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindetages, Bernrath (SPD), erklärte, daß bereits die Lohnrunde 1991 von Städten und Gemeinden nicht mehr bezahlbar war. Und für den Fall, daß die ÖTV ihre Tarifforderungen auch

Die Basis von ÖTV und SPD muß von der SPD-Führung verlangen, daß sie genauso die Interessen der Arbeiterklasse verteidigt, wie CDU und FDP die Interessen der Unternehmer vertreten. Und das Kräfteverhältnis in der Gesellschaft ist dafür günstig. Noch immer gilt, daß Millionen stärker sind als Millionen. Außerdem: 9 von 16 Länderchefs und 50 von 66 Oberbürgermeistern sind SPDler. Ihr Gewicht bei den



nur annähernd durchsetzen würde, kündigte er Leistungs-kürzungen für die Bürger, Personalabbau und Investitionsrückgänge an. Der Duisburger SPD-Oberstadtdirektor Klein, der die Kommunen auf der Arbeitgeberseite vertritt, sagte, die Tarifforderung der ÖTV sei „unbezahbar und paßt nicht in die Landschaft“.

öffentlichen Arbeitgeber würde ausreichen, um die Umverteilungspolitik der Kohl-Regierung zu stoppen. Die SPD-geführten Länder und Kommunen konnten sich bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst als Partei profilieren, die die Interessen der Arbeitnehmer vertritt. Dazu gehört nicht nur die volle Anerkennung der

	Metallindustrie (West) (ca. 3,8 Mio. Beschäftigte)	Öffentlicher Dienst (West) (ca. 4,9 Mio. Beschäftigte incl. Post und Bahn)	Inflation
Lohn '87 Arbeitszeit	3,7% ab 1.4.1987 38,5 Std. (außer Azubis)	3,4% ab 1.1.1987 2 freie Tage für alle 1 Tag mehr Urlaub für Arbeiter und Teil der Angestellten	0,7%
Lohn '88 Arbeitszeit	2% ab 1.4.1988 38 Std. ab 1.4.88 38,5 Std. für Azubis	2,4% ab 1.3.1988	1,2%
Lohn '89 Arbeitszeit	2,5% ab 1.4.1989 37 Std. ab 1.4.1989	1,4% ab 1.1.1989 ab 1.4.1989 39-Std.-Woche	2,8%
Lohn '90 Arbeitszeit	ke 215.- Pauschale für April und Mai 6% ab 1.6.1990 36-Std.-Wo. ab 1.4.1993 35-Std.-Wo. ab 1.10.1995	1,7% ab 1.1.1990 Zulagenerhöhungen um 60,- bis 83,- und 30,- für Azubis Ballungsraumzul. für Beamte 38,5-Std.-Wo. ab 1.4.1990	3%
Lohn '91 Arbeitszeit	ke 290.- Pauschale für April und Mai Vorwegnahme der Lohngruppenzuschüsse in den unteren Lohngruppen 6,7% ab 1.6.1991	6% ab 1.1.1991 Strukturverbesserungen	3,5%

In Köln hat sein Amtskollege und Genosse Oberstadtdirektor Rutschmaler die Tarifforderung der ÖTV mit einem nahezu völligen Einstellungsstopp bis zum Ende der Tarifrunde beantwortet. Ist das die Politik, die die Arbeitnehmer von einer SPD erwarten, die ihren Wahlsieg auf Länder und Städtebene nicht zuletzt den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu verdanken hat?

Wäre es nicht angebrachter für die SPD, solche Drohungen und Boykottmaßnahmen, die jetzt gegen die Gewerkschaften und ihre berechtigten Forderungen eingesetzt werden, gegen die Kohl-Regierung einzusetzen? Wo war denn die Drohung der SPD-geführten Kommunen gegen Bonn, die verlangten Gelder für den Fonds Deutsche Einheit nicht zu bezahlen? Warum

Der Fall Wendl

Außerdem hatte er dem Hauptvorstand vorgeworfen, daß die Tarifrunde ein abgekartetes Spiel war. Daß Wendl mit seiner Kritik den Unmut vieler Kollegen und Funktionäre zum Ausdruck brachte, zeigte sich nicht nur in der Solidarisationungskampagne gegen seine fristlose Entlassung, sondern vor allem bei den Vorstandswahlen in der bayrischen ÖTV im Januar dieses Jahres. In einer Kampfabstimmung gegen den Wunschkandidaten des Vorstands wurde er zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Schwacher Abschluß 1991

Die damalige Lohnzurückhaltung wurde von der ÖTV-Führung mit der gleichzeitig durchgesetzten Arbeits-

Krankenhäuser

Personalmangel Schon an der Pforte

Anlässlich der ÖTV-Tarifrunde sollte man auch einen Blick auf die Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern werfen. Nicht nur im Pflegebereich herrscht Notstand, sondern Personalmangel gibt es in allen Bereichen.

Die Pförtner unseres Hauses machen monatlich ca. 30 Überstunden. Wird ein Kollege krank, werden sie früher aus dem Urlaub zurückbeordert oder können erst gar nicht fahren. Die freien Tage, die ihnen nach einem Schichtwechsel zustehen, können sie nicht nehmen.

Ein weiteres Beispiel ist die chirurgische Ambulanz. Sechs Schwestern bzw. Pfleger sind zu wenig, vor allem wenn einer wegen Krankheit ausfällt. Die Folgen zeigen sich im Laufe eines Jahres: Fünf Angestellte haben zusammen mehr als 300 Überstunden aus dem letzten in das neue Jahr übernommen. Im Durchschnitt stehen jedem noch fünf Tage Resturlaub zu. Wann der ge-

weitem nicht aus, um die Verluste der vergangenen Jahre annähernd wettzumachen. Und es reichte für die meisten nicht, um die gestiegenen Lebenshaltungskosten und die erhöhten Steuern und Sozialabgaben im Jahr 1991 auszugleichen. Kein Wunder, daß die ÖTV-Führung damit den Unmut der Basis auf sich zog. Selbst in der Großen Tarif-

nommen werden kann, ist ungewiß. Es gab schon erhebliche Auseinandersetzungen mit der Pflegedienstleitung wegen der Urlaubsplanung 1992. Die Angestellten sollten regelmäßig Rücksicht auf den Personalstand nehmen. In der Praxis sieht das so aus: Ein Kollege (Vater zweier Kinder), der schon Weihnachten arbeiten mußte, wird für den Silvester-Nachdienst zwangsverpflichtet, weil eine Krankenschwester ausgefallen ist.

Zum 1.11.92 haben 15 Mitarbeiter gekündigt, zum Teil Personal, das seit über zehn Jahren hier gearbeitet hat. Solche Kräfte sind nicht zu ersetzen. Diese Mißstände sollten uns nicht in die Resignation, sondern in den Kampf um Lohnmehrung und Planstellen führen. Arbeitszeitverkürzungen können nur bei genügender Personalstärke greifen.

Andrea Esser, Aachen
Jungesozialist

VORAN

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 138 - Februar 1992

1 - DM - Solidaritätspreis: 2,- DM

Rechtzeitig zu den Tarifrunden wurde von Unternehmenseite das alte Lied von den zu hohen Löhnen angestimmt, die die Arbeitsplätze gefährden würden. Die erste Strophe handelt diesmal besonders von den Arbeitnehmern in Ostdeutschland.

100 Prozent für alle

Gemeinsamer Kampf der Arbeitnehmer in Ost und West

Tatsache ist, daß die Arbeitslosenquote 1992 im Osten auf 19% ansteigen wird, weitere 1,36 Millionen Menschen befinden sich in Vorruhestand, ABM oder Weiterbildungsmaßnahmen. Doch die Ursachen für diese massenweise Vernichtung von Arbeitsplätzen sind nicht in den Löhnen der Arbeitnehmer in Ost und West zu finden, sondern in der Politik der Kohl-Regierung und der Treuhänder. Deren Ziel besteht in erster Linie darin, die Profitiererebene der Konkurrenz zu wahren, also unliebsame Konkurrenz auszuschalten. Das bedeutet, das Betriebe geschlossen statt modernisiert werden.

Rekordgewinne für Unternehmer

Das Ganze wird dann „Einführung der sozialen Marktwirtschaft“ genannt, wobei für das Soziale, das heißt die „Kosten der Einheit“, die Masse der kleinen Steuerzahler zu sorgen hat, während die Unternehmer die Aufgabe übernehmen, die Riesengewinne aus dem Absatzmarkt Ostdeutschland einzuströmen. So betrug laut Bundesbank das Geldvermögen der deutschen Unternehmen im

letzten Jahr 1400 Mrd. DM. Außerdem sind im Zeitraum von 1982-90, schon vor dem Gewinnrekordjahr '91, vor allem die Unternehmenserlöse gewachsen. Ihr Anteil am gesamten Volkseinkommen stieg um 40%.

Es wäre also eigentlich genug Geld da, die Löhne in Ost und West zu erhöhen und durch Investitionen die Industrie in Ostdeutschland umfassend zu modernisieren. Durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ließe sich außerdem eines der elementarsten Menschenrechte, das Recht auf Arbeit, für alle verwirklichen. Genug zu tun gibt es ja. Und es ist nicht einzusehen, daß trotz steigender Arbeitslosenzahlen ein Fünftel aller Arbeitssuchenden in Deutschland Überstunden sind.

Spaltung der Arbeitnehmer verhindern

Der industrielle Kahlschlag im Osten hat aus Unternehmenssicht noch weitere Vorteile. So soll die Vernichtung von Arbeitsplätzen entscheidend dazu beitragen, die Kampfkraft von Gewerkschaften und Arbeitern zu schwächen. Die Herrschenden wollen über 1/4 Millionen Arbeitslose in den

FNL dazu benutzen, die berechtigten Lohnforderungen der Arbeitnehmer im Westen zu drücken und einen Keil zwischen die Kollegen in Ost und West zu treiben. Um dieser Politik erfolgreich entgegen-

wirken zu können, müssen die Gewerkschaften den Kampf um höhere Löhne mit dem Kampf um Arbeitsplätze verbinden. Dazu gehört unbedingt die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West.

Denn noch immer erhalten die Arbeiter im Osten nur ca. 60% des vergleichbaren Westlohnes, obwohl Preise und Mieten längst auf „Westniveau“ liegen. Und es ist nicht einzusehen, warum eine Krankenschwester in Ost-Berlin weniger verdient, als ihre dt. schon unterbezahlte Kollegin im Westteil, obwohl sie häufig unter noch schwierigeren Bedingungen zu arbeiten hat.

Die SPD-Basis muß auf die SPD-Führung Druck machen, damit diese sich hinter die Forderungen der Gewerkschaft stellt. Wir müssen in der SPD dafür kämpfen, daß endlich Schluss mit einer Politik gemacht wird, die zugunsten einiger weniger die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung unter den Tisch fallen läßt. Deshalb: keine weitere Privatisierung in Ost und West. Stattdessen müssen die großen Konzerne,

Banken und Versicherungen verstaatlicht und zusammen mit der Treuhänder unter die demokratische Kontrolle und Verwaltung der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften gestellt werden! Nur so kann die Produktion und die Modernisierung der ostdeutschen Industrie nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt gestaltet werden.

Um den Unternehmen und der Kohl-Regierung Zugeständnisse abzurufen, müssen die Gewerkschaften konsequent die Interessen aller Lohnabhängigen vertreten und dürfen in der bevorstehenden Tarifrunde keine Kompromisse mit den Unternehmern machen.

Antje Zander, Berlin
Jungsozialistin



Dafür kämpft VORAN:

• Arbeit für alle. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.

• Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost- und Westdeutschland, für Männer und Frauen, Deutsche und Ausländer.

• Garantiertes Mindesteinkommen (einschließlich Renten) von 1500 DM netto für alle ab 18 Jahre.
• Ein massives staatliches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, des öffentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Umweltschutzmaßnahmen.

• Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern erprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung für die Reichen).

(z.B. 1/3 Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat), die nicht mehr verdienen dürfen, als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

• Statt kapitalistischer Verschwendung und bürokratischer Mißwirtschaft für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.

• Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.
• Die SPD muß die arbeitende Bevölkerung für ein solches sozialistisches Programm mobilisieren.
• Ein sozialistisches Deutschland mußte ein erster Schritt zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten sein.

